

Peter Jan Knechtmans

## Die Universität von Amsterdam unter deutscher Besatzung

Am frühen Morgen des 10. Mai 1940 fielen deutsche Truppen in den Niederlanden, in Belgien und Frankreich ein. Drei Tage später, am 13. Mai, flüchteten Königin Wilhelmina und die ganze Regierung nach London. Am 14. Mai wurde Rotterdam bombardiert, und unmittelbar danach kapitulierte die niederländische Armee. Es folgten einige Wochen großer Verwirrung und Unsicherheit.

Zur Erörterung der neugeschaffenen Situation trat der akademische Senat der Universität von Amsterdam, bestehend aus sämtlichen Professoren, am Montag, dem 3. Juni, zum ersten Mal unter deutscher Herrschaft zusammen. Der größte Teil der Sitzung war dem Gedenken an mehrere Kriegsoffer unter den Studenten und der Würdigung zweier für die Universität bedeutsamer Persönlichkeiten gewidmet, die ihrem Leben nach der Kapitulation ein Ende gesetzt hatten: des sozialdemokratischen jüdischen Stadtschulrats Emanuel Boekman und seines Parteigenossen W.A. Bongers, Professor der Soziologie und Kriminologie. Im Anschluß daran wurde kurz erörtert, was der Senat im Interesse der Studierenden nunmehr unternehmen sollte. Der Vorsitzende, Rektor magnificus J. J. van Loghem, trug den Fakultätskollegien auf, sich darüber zu beraten. Anschließend richtete Van Loghem einen Aufruf zur Einigkeit und Zusammenarbeit an alle seine Kollegen. Äußerungen des erst vor ein paar Tagen in sein Amt eingesetzten Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete ließen ihn, wie er sagte, darauf vertrauen, „daß unsere Rechtsprechung, unsere Verwaltung und unser Unterrichtswesen (...) im wesentlichen unangetastet bleiben werden“. Nach der Wortmeldung des Rektors sprach niemand mehr. Man ging auseinander, und vier Wochen später begannen die Sommerferien.<sup>1</sup>

Drei weitere Monate waren vergangen, als Van Loghem am Montag, dem 16. September 1940, das neue akademische Jahr an der Universität von Amsterdam mit einer Ansprache eröffnete. Er nützte die Gelegenheit, um auf zentrale

<sup>1</sup> Quellenhinweise und eine detailliertere Darstellung finden sich in meinem Buch *Een kwetsbaar centrum van de geest: de Universiteit van Amsterdam tussen 1935 en 1950*, Amsterdam 1998.

Werte und Errungenschaften der niederländischen Gesellschaft hinzuweisen. Vor allem erinnerte er an die politische Stabilität, die die Niederlande in der Vergangenheit gekannt hatten, unbeschadet der Existenz einer Vielzahl von politischen und religiösen Gruppierungen auch in der studentischen Lebenswelt. Um zu unterstreichen, welch großen Wert er dem Gut der geistigen Freiheit beimaß, paraphrasierte Van Loghem den Satz des – jüdischen – Philosophen Spinoza, daß nur frei sein könne, wer sich von der Vernunft leiten lasse. Diese Worte sollten, so der Rektor, für immer und ewig an die Tore der Universität angeschlagen werden. Die Eröffnungssitzung des Studienjahres 1940/41 geriet zu einer Demonstration von Solidarität und Vaterlandsliebe, als nach Ablauf des offiziellen Teils spontan ein Studentenlied angestimmt wurde. Diejenigen, die bei der Rede des Rektors anwesend waren, lobten sie später für ihre mutige Offenheit.

Das war bestimmt keine Übertreibung. Im Juni hatte Van Loghem in geschlossener Sitzung noch einen optimistischen Ton angeschlagen, doch hatte sich während des Sommers so viel ereignet, daß von seinem Optimismus nichts mehr übrig geblieben war. Die Eröffnung des akademischen Jahres war außerdem eine öffentliche Veranstaltung, was den dort gesprochenen Worten größere Bedeutsamkeit verlieh. Wahrscheinlich waren sie nicht in erster Linie als Warnung an die deutsche Besatzungsmacht gedacht gewesen. Van Loghem war welterfahren genug, um zu wissen, was man von den Nationalsozialisten erwarten durfte. Eher dürfte er beabsichtigt haben, der universitären Gemeinschaft Mut zuzusprechen und sie zu ermahnen, die demokratischen Errungenschaften in Ehren zu halten. Denn obwohl noch niemand abschätzen konnte, welche Pläne die Deutschen mit dem niederländischen Hochschulwesen verfolgten, war doch zu befürchten, daß es den niederländischen Universitäten nicht viel anders ergehen würde als den deutschen seit 1933. Van Loghem sollte das bald am eigenen Leibe erfahren. Am Ende des Studienjahres 1940/41 wurde er von den Besatzern aus politischen Gründen entlassen.

## Der Zustand des höheren Bildungswesens vor der Okkupation

Die akademische Bildungslandschaft in den „versäulten“ Niederlanden bot vor 1940 ein ziemlich komplexes Bild. Bei Kriegsausbruch gab es drei Reichsuniversitäten – in Leiden, Groningen und Utrecht – und zwei Reichshochschulen, die Technische Hochschule in Delft und die Landwirtschaftliche Hochschule in Wageningen. Alle diese Einrichtungen wurden zur Gänze vom Staat finanziert, die Professoren erhielten ihre Ernennungsdekrete entweder vom Ministerium für Unterricht, Künste und Wissenschaften oder, im Fall der Hochschule Wageningen, vom Landwirtschaftsministerium. Die Universitätskuratorien, vom

zuständigen Minister eingesetzte Leitungsorgane, präsentierten zwar ihre Berufungsvorschläge, aber der Minister wich nicht selten von diesen Vorschlägen ab – manchmal aus eigener Initiative, manchmal unter dem Druck des Parlaments. Daß Universitätskuratorien übergangen wurden, kam insbesondere bei der Ernennung von Theologen, Juristen, Philosophen und Historikern vor.

Neben den Reichsuniversitäten und -hochschulen gab es eine Gemeindeuniversität (die Universität von Amsterdam), zwei „Besondere Universitäten“ (die reformierte Freie Universität Amsterdam und die Katholische Universität Nijmegen) und zwei „Besondere Hochschulen“ (die konfessionell neutrale Niederländische Wirtschaftshochschule in Rotterdam und die katholische Wirtschaftshochschule in Tilburg). Charakteristisch für die vier letztgenannten Hohen Schulen mit Sonderstatut und die Gemeindeuniversität in Amsterdam war, daß sie sich dem Einfluß des Staates weitgehend entziehen konnten. Zwar galt auch in ihrem Wirkungsbereich das „Gesetz betreffend die höhere Ausbildung“ (*Wet op het Hoger Onderwijs*), aber finanziell waren sie unabhängig. Die Universität von Amsterdam wurde praktisch zur Gänze von der Stadtgemeinde unterhalten. Besondere Universitäten und Hochschulen deckten ihre Kosten aus Kollegengeldern, aus Spendenmitteln und den Erträgen privater Fonds. Die Leitungsgremien der Vereine und Stiftungen, die diese vier Hohen Schulen unterstützten, ernannten auch die Kuratoren und Hochschullehrer.

Studieren war in Ermangelung eines tauglichen landesweiten Stipendiensystems ein Privileg für Jugendliche aus „besseren Kreisen“. An den niederländischen Universitäten und Hochschulen waren bei Kriegsausbruch ungefähr zwölf-tausend Studierende eingeschrieben, bei einer Gesamtbevölkerung von neun Millionen. Die Reichsuniversitäten in Leiden und Utrecht und die Universität von Amsterdam zählten am Vorabend des Krieges jeweils etwa 2.500 Studenten. Diese drei Universitäten verfügten zugleich über das breiteste Angebot an Studienrichtungen: Theologie, Recht und Medizin waren ebenso vertreten wie Naturwissenschaften und Philosophie. Anwärter auf einen Posten bei der Kolonialverwaltung konnten in Leiden und Utrecht Indologie studieren. In Utrecht gab es außerdem Studienmöglichkeiten für Veterinärmedizin und Zahnheilkunde. Die Universität von Amsterdam besaß als Spezialität eine Fakultät der Wirtschaftswissenschaften.

Nur die Technische Hochschule Delft reichte mit knapp zweitausend Studierenden an die Größe der Universitäten von Leiden, Utrecht und Amsterdam heran. Alle übrigen Universitäten und Hochschulen waren viel kleiner. Die Reichsuniversität Groningen hatte zwar die gesetzlich vorgeschriebenen fünf Fakultäten, konnte aber durch ihre Lage am äußersten Rand des Staatsgebiets nicht mehr als tausend Studenten anziehen und blieb immer ein wenig provinziell. In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre nahm an der Freien Universität Amsterdam eine kleine formal- und naturwissenschaftliche Fakultät den

Betrieb auf. Ansonsten betrieben die Universitäten mit Sonderstatut aufgrund einer zeitlich limitierten Befreiung von den gesetzlichen Auflagen nur relativ billige philosophische Fakultäten sowie eine juristische und natürlich eine theologische Fakultät. Sie hatten kaum mehr als einige hundert Studenten. Die zwei Wirtschaftshochschulen, mit jeweils einer Fakultät, zogen auch nicht mehr als ein paar hundert Studierende an.<sup>2</sup>

Professoren und Lektoren der Universität von Amsterdam wurden vom Gemeinderat ernannt. Dort verfügten Sozialisten und Kommunisten gemeinsam über eine Mehrheit, ohne daß dieser Umstand besondere politische Bedeutung gehabt hätte, denn beide Parteien bekämpften einander, wo immer sie konnten. Dennoch war durch das linke Übergewicht in der Kommune die Amsterdamer Berufungspolitik liberaler als die des Kultusministers. Den Sozialisten gelang es mehrmals, Parteigenossen auf Professorenstellen zu bringen, selbst in politisch sensiblen Fakultäten wie zum Beispiel der juristischen. Es gab auch einige Hochschullehrer mit kommunistischer Vergangenheit, wie den Mathematiker Gerrit Mannoury und den Historiker Jan Romein. Außerhalb von Amsterdam war derartiges unvorstellbar. Das wissenschaftliche Personal der Universität von Amsterdam erschien folglich bunter gemischt als das Personal der anderen Hohen Schulen. Ausländer waren vertreten (ein Ungar, ein Russe, mehrere vor den Nazis geflüchtete oder aus anderen Gründen ins Ausland übersiedelte Deutsche und ein Österreicher), ebenso mehrere Frauen. An katholischen akademischen Einrichtungen lehrten dagegen nur Katholiken so wie an die Freie Universität Amsterdam nur Protestanten berufen wurden. Staatliche Universitäten und Hochschulen ernannten sehr selten Frauen zu Professorinnen, und ebenso rar waren Professoren, die weiter links standen als die Liberalen. Summa summarum waren die meisten Hochschullehrer protestantische und konservativ-liberale Männer, in allen Schattierungen dieser Kategorie. Praktisch hielten sich die Unterschiede jedoch in engen Grenzen. Politik blieb überall ausdrücklich aus dem akademischen Leben ausgeschlossen. Sofern Professoren sich aktiv politisch betätigten, merkte man davon weder in ihren Vorlesungen noch in ihrer Forschungsarbeit etwas, sodaß die Universitäten so etwas wie stille Zufluchtsorte inmitten einer geschäftigen Handelswelt darstellten, wo man uneigennützig den hehren Idealen der Wissenschaft frönte. Obwohl das Aufkommen des Nationalsozialismus in Deutschland dazu führte, daß sich viele Universitätslehrer einem Komitee der Wachsamkeit antifaschistischer Intellektueller anschlossen (es war dem Vorbild des französischen *Comité de Vigilance* nachempfunden), löste dies auf akademischem Boden keine großen Spannungen aus. Man ging

2 Zu Angaben über Studentenzahlen je Hochschule und Fakultät vgl. G. Jensma u. H. de Vries, *Veranderingen in het hoger onderwijs in Nederland tussen 1815 en 1940*, Hilversum 1997. Eine komprimierte Darstellung der Organisation des niederländischen Hochschulwesens in deutscher Sprache findet sich bei Gerhard Hirschfeld, *Die Universität Leiden unter dem Nationalsozialismus*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 23 (1997), 563-569.

weiter kollegial miteinander um, so kollegial, daß beispielsweise David Cohen, Althistoriker und Vorsitzender des Ausschusses für besondere jüdische Belange sowie des Jüdischen Flüchtlingskomitees,<sup>3</sup> und G.A.S. Snijder, klassischer Archäologe und Bewunderer des Dritten Reiches, gemeinsam das Direktorium des mit der Universität von Amsterdam verbundenen Allard Pierson Museums bildeten.

Der wichtigste Unterschied zwischen der Universität von Amsterdam und den übrigen höheren Bildungsstätten der Niederlande resultierte aus der Größe und dem Charakter der Hauptstadt. Die meisten Universitäten und Hochschulen lagen in stillen Provinzstädten und -städtchen, wo die akademische Gemeinschaft das öffentliche Leben dominierte und die soziale Kontrolle der studierenden Jugend sehr ausgeprägt war. Amsterdam, eine pulsierende Metropole mit fast 800.000 Einwohnern, ließ so etwas nicht zu. Nicht umsonst genossen Amsterdamer Studenten den Ruf, weltoffener zu sein als ihre Kommilitonen an anderen Orten. Kaum die Hälfte von ihnen gehörte jenen katholischen, reformierten oder neutralen Geselligkeitsvereinen an, die sonst überall in den Niederlanden Studierende voneinander nach weltanschaulichen Kriterien schieden. In Amsterdam war das universitäre Publikum viel weniger übersichtlich strukturiert als anderswo.

#### Pläne zur Nazifizierung der Universitäten

Kurz nach der Kapitulation wurde das deutsche Militärregime in den Niederlanden durch eine zivile Aufsichtsverwaltung unter Führung des Österreicher Arthur Seyss-Inquart ersetzt. Seyss-Inquarts Auftrag lautete, Holland vorsichtig in nationalsozialistische Richtung zu manövrieren. Die Rede, die er aus Anlaß seiner Amtseinführung am 29. Mai 1940 hielt, war deshalb auch äußerst zurückhaltend.

In den folgenden Tagen gewann die Besatzungsorganisation durch die Ernennung von vier Generalkommissaren deutlichere Konturen. Zwei von ihnen, Friedrich Wimmer (zuständig für Verwaltung und Justiz) und Hans Fischböck (Finanz und Wirtschaft), waren politische Freunde Seyss-Inquarts und stammten wie dieser aus Österreich. Ein weiterer Österreicher, Hanns Albin Rauter, wurde Generalkommissar für das Sicherheitswesen und Höherer SS- und Polizeiführer. Als ranghöchster Vertreter der SS in den Niederlanden avancierte er bald zum wichtigsten politischen Gegenspieler seiner Landsleute. General-

<sup>3</sup> Cohen sollte in der Besatzungszeit einer von zwei Vorsitzenden des auf Anordnung der Besatzungsbehörden errichteten Amsterdamer Judenrates werden; vgl. J. Presser, *Ondergang. De vervolging en verdelging van het Nederlandse Jodendom 1940-1945*, Band 1, 's-Gravenhage 1965, 78-96.

kommissar Nummer vier („zur besonderen Verwendung“) war Fritz Schmidt, ein Reichsdeutscher, der die Parteiinteressen der NSDAP zu wahren hatte und ständig mit seinen Kollegen im Streit lag. Schmidt kam im Frühjahr 1943 ums Leben, zu einem Zeitpunkt, als er seine politische Rolle bereits ausgespielt hatte. Zu Seyss-Inquarts Stab gehörten weiters noch die sogenannten Beauftragten des Reichskommissars: einer für jede der elf niederländischen Provinzen und zwei weitere für die beiden größten Städte des Landes, Amsterdam und Rotterdam.

Die Generalkommissare regierten die Niederlande nicht selbst. Das überließen sie den einheimischen Behörden. Fischböck und Wimmer kontrollierten gemeinsam jedoch beinahe alle niederländischen Ministerien, und Rauter war der Chef der deutschen und der niederländischen Polizei. Der personelle Apparat der Besatzungsmacht war als bloße Aufsichtsverwaltung eher klein. 1942 umfaßte er nicht mehr als zweitausend Beschäftigte, Deutsche und Niederländer zusammengenommen.<sup>4</sup> Bei Kriegsende war diese Zahl noch niedriger, aber da konnte von einer ordentlichen Zivilverwaltung natürlich keine Rede mehr sein.

Nach der Flucht der holländischen Regierung nach England waren die Spitzenbeamten der Ministerien, die Generalsekretäre, die höchsten im Land verbliebenen Regierungsfunktionäre. Das Ministerium für Unterricht, Künste und Wissenschaften ressortierte mitsamt den Universitäten unter Friedrich Wimmers Generalkommissariat. Dort meldete sich Ende Juli 1940, direkt von der Front kommend, ein junger und tatkräftiger Beamter zum Dienst, Heinrich Schwarz, dem man gleich die Leitung einer kleineren Hauptabteilung, Erziehung und Kirchen, anvertraute. Schwarz hatte vor Kriegsbeginn im Berliner Reichserziehungsministerium gearbeitet und entpuppte sich unter Wimmer als antiklerikaler SS-Mann mit massiven Vorbehalten gegenüber der etwas spießhaften und kleinbürgerlichen nationalsozialistischen Partei der Niederlande, der NSB (*Nationaal Socialistische Beweging*) von Anton Mussert.<sup>5</sup> In den ersten Besatzungsjahren wurde die Universität Amsterdam allerdings nur in akuten Krisensituationen direkt mit Wimmer oder Schwarz konfrontiert. Die routinemäßige Aufsicht über Universitätsangelegenheiten oblag dem Beauftragten

4 Die Geschichte der Niederlande und Niederländisch-Indiens im Zweiten Weltkrieg ist von L. de Jong in einem umfangreichen Werk von 27 Bänden, *Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog*, Den Haag 1969–1988, dargestellt worden. Zur Struktur der deutschen Zivilverwaltung in den Niederlanden vgl. ebd., IV, 49–123; weiters G. Hirschfeld, *Fremdherrschaft und Kollaboration: die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940–1945*, Stuttgart 1984, 13–38; u. K. Kwiet, *Reichskommissariat Niederlande. Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung*, Stuttgart 1968.

5 Vgl. H. Knippenberg u. W. van der Ham, *Een bron van aanhoudende zorg: 75 jaar Ministerie van Onderwijs [Kunsten] en Wetenschappen 1918–1993*, Assen 1993, 182.

für die Stadt Amsterdam H. Böhmcker, der sich als relativ junger NSDAP-Senator von Lübeck bereits den Ruf eines starken Mannes erworben hatte.<sup>6</sup>

Schwarz ließ sich schnell und gründlich über die Verhältnisse informieren. Noch im Sommer 1940 verfaßte er ein Memorandum, betitelt *Das Hochschulwesen in den Niederlanden*.<sup>7</sup> Darin nannte er die Universität von Amsterdam eine „Hochburg des marxistischen Liberalismus und des Judentums“. Außerdem war nach Schwarz' Auffassung „die starke westlich liberale Orientierung des gesamten holländischen (...) Geisteslebens in starkem Maße von den Universitäten ausgegangen und gefördert worden“. Gleich mit Beginn des neuen Studienjahres wollte er eine „Neuorientierung des geistigen Lebens“, auch auf den niederländischen Universitäten, in die Wege geleitet sehen. Dazu schien es in erster Linie erforderlich, den amtierenden Generalsekretär des Ministeriums für Unterricht, Künste und Wissenschaften durch einen gefügsamen, im Idealfall sogar deutsch gesinnten Beamten zu ersetzen. Weiters dachte Schwarz an die Einrichtung besonderer Stiftungslehrstühle, deren „nationalsozialistisch-deutschorientierte“ Inhaber<sup>8</sup> das Gedankengut der NS-Bewegung verbreiten helfen sollten. Jüdische Professoren sollten dagegen aus dem Personalstand der Hohen Schulen eliminiert werden. Sobald dies geschehen war, würde es in den Verantwortungsbereich des Reichskommissariats fallen, frei gewordene Lehrkanzeln unter Umgehung der üblichen Verfahrensschritte neu zu besetzen. Schwarz lag viel daran, deutsche Hochschullehrer in die Niederlande zu berufen, auf jeden Fall für solche Fächer, die man dort nicht kannte, wie Rassenkunde und Rassenhygiene. Außerdem schwebte ihm ein umfangreiches Gastvortragsprogramm deutscher Gelehrter in Holland vor, ergänzt um die Vergabe von Stipendien an junge niederländische Wissenschaftler und Studierende mit Sympathien für Deutschland. Er empfahl einen regen Studentenaustausch zwischen deutschen und niederländischen Hochschulen, leichteren Hochschulzugang für Kinder aus dem Mittelstand und der Arbeiterklasse sowie die Einführung von

6 Vgl. F. Roest u. J. Scheren, *Oorlog in de stad: Amsterdam 1939–1941*, Amsterdam 1998, 55 f. u. 104.

7 Das Papier ist anonym, doch spricht vieles für die Autorenschaft von Schwarz; vgl. Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie (RIOD): Archiv Generalkommissariat für Verwaltung und Justiz, Karton 5 C. Einige Punkte des Memorandums werden von Hirschfeld, Universität, wie Anm. 2, 569, zitiert.

8 Vereine und Stiftungen konnten an Universitäten und Hochschulen Lehrstühle für solche Fächer errichten, die im normalen Studienplan nicht oder nur ungenügend vertreten waren. Als Voraussetzung galt, daß die Universität mit der Stiftungsprofessur und dem zu berufenden Dozenten einverstanden war. Dessen Ernennung bedurfte keiner Bestätigung durch die Krone. Er erhielt kein Salär von der Universität, sondern eine Remuneration von der Vereinigung oder Stiftung, die den Lehrstuhl begründet hatte. Durchwegs hatten Stiftungsprofessoren und -professorinnen bereits ein Einkommen aus anderweitiger Tätigkeit.

Sport als akademisches Lehrfach. Zuletzt nannte er als längerfristiges Ziel „die allmähliche Auflösung der konfessionellen Universitäten“.<sup>9</sup>

Die erste im Schwarz-Memorandum vorgeschlagene Maßnahme wurde rasch realisiert. G. A. van Poelje, Generalsekretär des Unterrichtsministeriums, erhielt nach einem unbedeutenden Zwischenfall am 28. August 1940 den Kündigungsbrief. Der bereits erwähnte Archäologe G. A. S. Snijder, von Seyss-Inquart mit Vorarbeiten zur Gleichschaltung des niederländischen Kultur- und Geisteslebens beauftragt, ersuchte daraufhin Jan van Dam, Germanistikprofessor an der Universität von Amsterdam, einige „Gedanken und Vorschläge zur Neugestaltung des niederländischen Unterrichtswesens“ zu Papier zu bringen. Van Dam war zusammen mit Snijder bereits in den 1930er Jahren Mitglied verschiedener offen oder verdeckt nationalsozialistischer Klubs gewesen, hatte jedoch davon weniger Aufhebens gemacht als sein umtriebiger Kollege und Freund.

Van Dams Vorstellungen von der Zukunft der Hochschulen<sup>10</sup> zielten in erster Linie auf eine „Schlankheitskur“ ab. Die Studentenzahlen sollten mittels eines Numerus clausus reduziert werden, und die gesetzliche Bestimmung, daß Volluniversitäten mindestens fünf Fakultäten haben mußten, sollte fallen. Für Van Dam gab es zwei hochschulpolitische Schlüsselbegriffe, Spezialisierung und Konzentration. So schien es ihm etwa wünschenswert, daß die Universität von Amsterdam ihre theologische Fakultät zusperrte und sich stattdessen auf die Ökonomie und die modernen Sprachen konzentrierte, eventuell ergänzt um einen Schwerpunkt Leibbeserziehung (die in den Niederlanden noch kein Universitätsfach war). Vor allem aber sollte das Ernennungsrecht für Professoren der Besonderen Universitäten und der gemeindeeigenen Universität von Amsterdam auf den Staat übergehen.

In einer zweiten Skizze seines hochschulpolitischen Programms, die kurz nach dem ersten Thesenpapier verfaßt wurde, ging Van Dam noch ein paar Schritte weiter: Jede Universität würde mindestens zwei Lehrstühle für Niederlandistik einrichten müssen, es sollte mehr Germanistikprofessuren geben und außerdem solche für Volkskunde, Rassenkunde, Geopolitik und moderne Ökonomie. Van Dam präsentierte sich jetzt unverhüllt als Kandidat für den Posten des Generalsekretärs im Unterrichtsressort, der diese Pläne verwirklichen sollte.<sup>11</sup> Tatsächlich wurde er am 27. November 1940 von Seyss-Inquart vereidigt und an die Spitze eines Ministeriums gestellt, das ab diesem Zeit-

9 Hochschulwesen, wie Anm. 7.

10 Vgl. Gedanken und Vorschläge zur Neugestaltung des niederländischen Unterrichtswesens (2. September 1940); RIOD, Archiv Niederländischer Kulturrat Nr. III E 4.

11 Vgl. Reform des niederländischen Unterrichts (29. September 1940), Archiv Niederländischer Kulturrat Nr. III E 4; zu Van Dam und Snijder vgl. auch Peter Jan Knechtmans u. a., Collaborateurs van niveau: opkomst en val van de hoogleraren Schrieke, Snijder en Van Dam, Amsterdam 1996.

punkt – nach deutschem Muster – Ministerium für Erziehung, Wissenschaft und Kulturverwaltung hieß.

An den Universitäten selbst erfuhr man nicht, was hinter den Kulissen der Unterrichtsverwaltung geschah. Es galt jedoch als böses Omen, daß der Generalsekretär für Unterricht, Künste und Wissenschaften entlassen worden war. Außerdem gab es noch andere alarmierende Zeichen. Seit dem Beginn der Okkupation war die Presse gleichgeschaltet und die sozialistische Gewerkschaft (weitaus die größte im Land) unter nationalsozialistische Aufsicht gestellt worden. Die kommunistische und andere revolutionäre Parteien hatte die Besatzungsmacht aufgelöst. In Nijmegen und Utrecht war es zur Verhaftung mehrerer Hochschullehrer gekommen. Auch die Universität von Amsterdam blieb nicht verschont. Im August wurde Hugo Sinzheimer, Jude und Sozialdemokrat, der 1933 Deutschland verlassen hatte, festgenommen. Seine Stiftungslehrstühle in Leiden und Amsterdam wurden aufgelassen.<sup>12</sup> Aufgelassen wurde auch die besondere Lehrkanzel des im Mai 1940 nach Frankreich zurückbeordneten Professors E. Guilhou, eines Diplomaten, der zugleich Direktor des *Maison Descartes* (des französischen Kulturinstituts) in Amsterdam gewesen war.<sup>13</sup> In beiden Fällen handelte es sich unmißverständlich um politische Eingriffe ins akademische Leben.

### Die Universität und die Maßnahmen gegen Juden

Die zweite Forderung des Schwarz-Memorandums betraf die Einrichtung von speziellen Lehrstühlen zur Propagierung des Nationalsozialismus. Schwarz zufolge wurde sowohl in Amsterdam als auch in Leiden zügig an dem Projekt gearbeitet. In Amsterdam sollte es nie zur Verwirklichung gelangen. In Leiden wurden nach langwierigen Verhandlungen, die sich über die Sommermonate 1941 erstreckten, an der juristischen Fakultät zwei besondere Lehrkanzeln geschaffen, eine für Volkswirtschaftslehre und eine für Neuere Philosophie. Die an diese Lehrkanzeln berufenen Professoren, zwei niederländische Nationalsozialisten, konnten ihre Vorlesungstätigkeit jedoch nicht aufnehmen, weil die Leidener Universität im November 1940 zugesperrt worden war.

Als dritten Punkt seines Maßnahmenkatalogs hatte Schwarz die Entlassung der jüdischen Hochschullehrer angeführt. In Amsterdam, einer Stadt mit zehn Prozent jüdischem Bevölkerungsanteil, deren gemeindeeigene Universität gleichfalls zehn Prozent jüdisches Personal hatte, war man auf Schritte ge-

12 Sinzheimer war Inhaber eines Rechtssoziologie-Lehrstuhls, finanziert von der Stiftung zur Förderung des Studiums des Arbeitsrechts und der Rechtssoziologie in den Niederlanden.

13 Guilhous Stiftungsprofessur war von der Niederländisch-Französischen Gesellschaft eingerichtet worden.

gen die Juden gefaßt. Verschiedene Dozenten hatten ihren jüdischen Studierenden die Gelegenheit geboten, noch rasch Prüfungen abzulegen. Der Vorsitzende des *Amsterdamsch Studenten Corps*, der ältesten und angesehensten studentischen Vereinigung der Universität von Amsterdam, hatte bereits im Juni 1940 bei einer Mitgliederversammlung angekündigt, daß sich sein Verband selbst auflösen würde, sollte es zur zwangsweisen Einführung des „Arierparagraphen“ kommen.

Die antijüdischen Aktionen ließen dann allerdings bemerkenswert lange auf sich warten. Als es schließlich soweit war, gingen die Besatzer eher behutsam zu Werk. Ende August 1940 wurde den Generalsekretären der Ministerien untersagt, Juden in den Staatsdienst aufzunehmen oder sie zu befördern. Der Erlaß sorgte in den Hörsälen und Wandelgängen der Universität von Amsterdam für heftige Diskussionen. Ein Amsterdamer Professor, Paul Scholten, und sein Leidener Kollege B. M. Telders, beide Juristen, organisierten in Reaktion darauf den ersten öffentlichen Protest gegen den deutschen Antisemitismus. Sie verfaßten einen Brief an Seyss-Inquart, in dem dieser ersucht wurde, keine Unterscheidung zwischen Juden und Nichtjuden vorzunehmen. Der Brief wurde von etwa der Hälfte der Hochschulprofessoren der Niederlande unterzeichnet.

Zu diesem Zeitpunkt war Van Loghem nicht mehr Rektor der Universität von Amsterdam. Jährlich wurde, der Anciennitätsregel folgend, vom Senat ein neuer Rektor vorgeschlagen. Schon 1939 hatte der Amsterdamer Bürgermeister den Neurologen B. Brouwer zum Rektor magnificus des Studienjahres 1940/41 ernannt. Als akademischer Lehrer war Brouwer sehr angesehen. Er galt auch als Forscher von internationalem Rang. Zielstrebig und respektgebietend, war er eine durchaus populäre Persönlichkeit. Aber anders als Van Loghem, der stets die Notwendigkeit der Verteidigung der Universitätsautonomie um jeden Preis vertreten hatte, wollte sich Brouwer bei den Behörden alle Optionen offen halten. Das bedingte bei ihm eine Haltung, die primär auf das Bewahren von Ruhe und Ordnung gerichtet war.

Am 7. Oktober 1940 trat ein unvorhergesehenes Ereignis ein, das Brouwers Strategie gefährdete. Zum zweiten Mal seit der Okkupation wurde eine Gruppe prominenter Niederländer verhaftet und nach Buchenwald transportiert, um dadurch eine bessere Behandlung von in Niederländisch-Indien internierten deutschen Staatsbürgern zu erzwingen. Zu den Geiseln gehörten vier Professoren der Universität von Amsterdam, die sich alle auf die eine oder andere Weise als Gegner des Nationalsozialismus profiliert hatten. Nach ihrer Deportation gab es kaum Gelegenheit zum Atemholen. Mitte Oktober 1940 wurde von allen Staatsbeamten eine schriftliche Erklärung verlangt, ob sie jüdischer Herkunft waren oder nicht. An der Leidener Universität (wo die Deutschen keine Geiseln genommen hatten) führte diese sogenannte Ariererklärung zu hitzigen Debatten unter Lehrern und Studierenden. Man kam schließlich überein,

sie abzugeben, aber zwei Drittel der Professoren taten das unter Protest, und die Studenten sammelten 1700 Unterschriften unter einem Beschwerdebrief. In Amsterdam ist nichts über einen Diskussionsprozeß innerhalb der Gemeindeverwaltung oder auf der Universität bekannt. In formalrechtlicher Hinsicht dürften die Erfolgsaussichten eines Protests bei den Besatzern gering eingeschätzt worden sein, und möglicherweise hatte auch der Abtransport von Mitgliedern des Universitätskollegiums nach Deutschland Eindruck gemacht. Vier Tage nach der Zustellung der Formulare wurden sämtliche Ariererklärungen der Universität Amsterdam ausgefüllt retourniert.

Nachdem auf diese Weise festgestellt war, wer als Jude zu gelten hatte und wer nicht, konnte der nächste Schritt erfolgen. Am 22. und 23. November wurden aus Den Haag Briefe verschickt, die die jüdischen Dozenten von ihrer sofortigen Entlassung verständigten. In Delft reagierten die Studierenden am Samstag, dem 23. November, mit einem spontanen Streik.<sup>14</sup> Am Abend desselben Tages kam in der Amsterdamer Wohnung von Paul Scholten eine informelle interuniversitäre Kontaktgruppe, bestehend aus Professoren der meisten Universitäten und Hochschulen des Landes, zusammen. Man vereinbarte als gemeinsame Strategie, die Studenten von Demonstrationen abzuhalten und stattdessen die Dozenten zu ersuchen, in den Vorlesungen entschieden gegen die Entlassungen zu protestieren. In Leiden war zu diesem Zeitpunkt bereits entschieden worden, daß der Dekan der juristischen Fakultät am Dienstag, dem 26. November, namens der Gesamtuniversität gegen die behördlichen Maßnahmen Verwahrung einlegen würde. Die zuvor informierten Studenten erschienen in Massen zur Protestkundgebung, und für sie stand nachher fest: Man würde aus Solidarität in den Streik treten. Die technische Hochschule in Delft war schon am 25. November von den Besatzungsbehörden geschlossen worden. Am 26. folgte die Universität Leiden.<sup>15</sup>

An der Universität von Amsterdam ergriff niemand die Initiative zu einer offiziellen Beschwerde. Stattdessen entstand große Verwirrung, weil keiner der jüdischen Dozenten einen Kündigungsbrief erhalten hatte. Erst nach ein paar Tagen wurden sie von ihrer Entlassung informiert, und zwar durch die Amsterdamer Gemeindeverwaltung. Inzwischen hatten sich die Professoren, die am Treffen bei Paul Scholten teilgenommen hatten, mit den Vertretern der studentischen Vereinigungen auf eine „Abkühlungsperiode“ geeinigt. Allerdings führte das Bekanntwerden der Ereignisse in Delft und Leiden zu einer raschen Steigerung der Unruhe unter den Studierenden der Hauptstadt. In den Abendstunden des 27. November sah es so aus, als würden große Teile der Studentenschaft

14 Vgl. H. Baudet, *De lange weg naar de Technische Universiteit Delft. 1: De Delftse ingenieursschool en haar voorgeschiedenis*, Den Haag 1992, 78 f.

15 Vgl. P. J. Idenburg, *De Leidse universiteit 1928-1946: vernieuwing en verzet*, Den Haag 1978, 141 f., 147 und 363-368.

streiken wollen. Nachdem die „Abkühlungsphase“ von drei Tagen vergangen war und Proteste der Vortragenden in den Hörsälen zu nichts geführt hatten, überlegte man in den studentischen Gremien, am nächsten Vormittag den Streik auszurufen. Nach einer emotional geführten Debatte schien die Mehrheit dafür zu sein, aber Einstimmigkeit wurde nicht erzielt.

Unterdessen hatte Rektor Brouwer dem Bürgermeister von Amsterdam telefonisch mitgeteilt, daß er seine Studenten nicht mehr in der Hand habe. Er bat um Erlaubnis, die Vorlesungsperiode, die aufgrund des Brennstoffmangels und der Verdunkelungserfordernisse ohnedies nur noch drei Tage dauern sollte, vorzeitig zu beenden und eventuell das Hauptgebäude der Universität, wo das Gros der Lehrtätigkeit stattfand, zu schließen. Der Bürgermeister stimmte diesem Vorschlag zu. Brouwer ließ daraufhin unverzüglich anschlagen, daß die Weihnachtsferien am Donnerstag, dem 28. November, verfrüht beginnen würden. Sodann begab er sich in die laufende Sitzung der studentischen Corps, wo die Anwesenden gerade Pro und Kontra eines Streikbeschlusses erörterten. Die Skeptiker konnten für sich ins Treffen führen, daß Streiken unter Studenten ein ungewohntes Phänomen war und daß es überdies sehr fraglich schien, ob ein gegen die deutsche Besatzungsmacht gerichteter Streikbeschuß irgendeinen Effekt haben würde. Als der populäre Rektor vor der Versammlung erschien und gleichfalls gegen den Ausstand argumentierte, war die Auseinandersetzung entschieden.<sup>16</sup>

Seine Professorenkollegen zu überzeugen kostete Brouwer mehr Mühe. Unter ihnen gab es eine Gruppe, die immer noch entschlossen war, gegen die Suspendierung der jüdischen Dozenten zu protestieren. Eine Solidaritätskundgebung bei Gelegenheit der Gedenkfeier zur Universitätsgründung am 8. Januar 1941, auf die man sich nach längerer Diskussion einigte, wurde jedoch vom Generalprokurator der Stadt Amsterdam untersagt. Daß die Universität immerhin versucht hatte, so gut es ging an der Verteidigung der niederländischen akademischen Traditionen festzuhalten, blieb der Öffentlichkeit in jenen Tagen, in denen Amsterdam von einer Welle des Terrors überzogen wurde, weitgehend verborgen.

Ab Dezember 1940 versuchte die NSB mit ihrem paramilitärischen Ordnungsdienst, der WA (Wehrabteilung), in Amsterdam „die Straße zu erobern“. Im Februar 1941 kam es im beziehungsweise rund um das Amsterdamer Judentviertel zu einer Eskalation der Gewalt. Die Übergriffe gegen Juden führten zur Bildung von Verteidigungsgruppen, die sich gegen provozierende NSB- und WA-Männer zur Wehr setzten. Es gab zwei Tote und Dutzende Verletzte. Vor

16 Zu den Entwicklungen in Groningen und Utrecht vgl. E. Visser, *Universitas Groningana*, in: *Universitas Groningana MCMXIV-MCMLXIV: gedenkboek t.g.v. het 350-jarig bestaan der Rijksuniversiteit te Groningen*, uitgegeven in opdracht van de Academische Senaat, Groningen 1964, 9-57; u. S van Walsum, *Ook al voelt men zich gewond: de Utrechtse universiteit tijdens de duitse bezetting 1940-1945*, Utrecht 1995.

diesem Hintergrund zunehmender Spannungen erfuhr Rektor Brouwer, daß ein Numerus clausus für jüdische Studierende eingeführt werden sollte. Vorsorglich beschlossen daraufhin Bürgermeister, Generalprokurator und Polizeichef von Amsterdam im Einvernehmen mit Brouwer, daß die Exekutive bei der Wiedereröffnung der Universität nach den Weihnachtsferien (in der Woche vom 27. Januar 1941) besonders wachsam sein sollte.

Der Unterrichtsbeginn verlief jedoch ruhig. Nach Konsultationen zwischen Rektor und Studentenvertretern gaben diese bekannt, auf öffentliche Proteste gegen den Numerus clausus für Juden zu verzichten. Das war eine auffällige Wendung der Dinge. Die Erklärung bestand darin, daß Ynso Scholten, der Vorsitzende der Studentencorps und Sohn von Paul Scholten, eine Botschaft des früheren militärischen Informationsdienstes erhalten hatte. Die Botschaft besagte, daß Königin Wilhelmina die Haltung der Universitäten Delft und Leiden zwar sehr bewundere, die Schließung weiterer Universitäten im Land durch die Deutschen jedoch für unerwünscht halte. Die Authentizität der königlichen Willensäußerung war umstritten und die Entscheidung, ob man sie beherzigen sollte, schwierig. Letztlich sahen sich die Studenten aber veranlaßt, in ihrem Sinne zu handeln. Ein Ausbruch allgemeinen Unmuts blieb infolgedessen an der Universität Amsterdam aus. Nach Kriegsende wurde zweifelsfrei festgestellt, daß die umstrittene Weisung an die Amsterdamer Studenten nicht von Königin Wilhelmina stammte.

Am Samstag, dem 22., und Sonntag, dem 23. Februar 1941, wurde das Amsterdamer Judenviertel, das direkt an das Haupthaus der Universität angrenzte und in dem verschiedene Forschungseinrichtungen verstreut lagen, abgesperrt, um die erste großangelegte Razzia unter den Juden in Holland durchführen zu können. Hunderte jüdische Männer wurden zusammengetrieben und nach Mauthausen abtransportiert. Aus Entrüstung über diese Vorgänge brach am Dienstag, dem 25. Februar, ein Streik der Amsterdamer Straßenbahnbediensteten aus, der sich rasch auf andere Unternehmen ausweitete.<sup>17</sup> Der Funke sprang auch auf die Universität über. Hörsäle wurden verbarrikadiert und eine Gruppe kommunistischer Studenten rief zum Boykott der Vorlesungen auf.

Auch in diesem Fall war die Reaktion des Rektors sehr zielstrebig. Er ersuchte die Polizei um Intervention und erließ ein Versammlungsverbot. Mehrere Dozenten von externen Kliniken und Laboratorien erlaubten jedoch ihren Hörern, zum Hauptgebäude der Universität zu ziehen, wo sich bald eine beachtliche Menschenmenge versammelt hatte. Brouwer rief daraufhin die Studenten in der Aula zusammen und riet ihnen, den Besuch der Lehrveranstaltungen fortzusetzen. Als er seinen Appell beendet hatte, sangen die Anwesenden die

17 Zur Geschichte dieses Streiks vgl. B. A. Sijes, *De Februaristaking: 25–26 februari 1941*, Den Haag 1954; u. Roest u. Scheren, *Oorlog*, wie Anm. 6, 247–333.

Nationalhymne und zerstreuten sich. Eine halbe Stunde später war die Ruhe wiederhergestellt.

Am nächsten Tag griffen die Deutschen rücksichtslos gegen die Beteiligten am Februarstreik durch. Auch an der Universität von Amsterdam regte sich kein Widerstand mehr, und als nach etlichen Monaten der Numerus clausus für Juden tatsächlich eingeführt wurde, geschah dies ohne größere Zwischenfälle. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Generalsekretär Van Dam und dem Generalkommissariat für Verwaltung und Justiz wurden in den gesamten Niederlanden 399 jüdische Studierende zugelassen, sechzig Prozent derer, die einen Aufnahmeantrag gestellt hatten. Im September 1941 durften sich 213 jüdische Studenten unter der Bedingung an der Universität von Amsterdam einschreiben, daß sie sich „besonders still“ verhielten.

Die studentischen Vereinigungen hatten kurz darauf Gelegenheit, ihr früher gegebenes Selbstauflösungsversprechen einzuhalten. Die katholische Verbindung *Sanctus Thomas Aquinus* war bereits im März 1941 liquidiert worden, wahrscheinlich weil die Liegenschaft, in der sie ihren Sitz gehabt hatte, jüdischer Besitz gewesen war, der jetzt rasch und unbürokratisch auf einen neuen Eigentümer überschrieben werden konnte.<sup>18</sup> Im Oktober erschien ein behördlicher Erlaß, demzufolge Juden nicht mehr Mitglieder von Vereinen und Stiftungen uneigennützigem Charakters sein durften. Daraufhin beschlossen die Mitglieder der vier studentischen Vereinigungen, die es neben dem Corps *Sanctus Thomas Aquinus* noch gab, sofort und mit überwältigender Mehrheit die Auflösung ihrer Organisationen. Das Studentenleben war damit offiziell seiner Struktur beraubt, aber inoffiziell führte man die alten Gepflogenheiten mehr oder weniger fort, inklusive „geheimer“ Bälle und Diners. Überdies gab es noch die Fakultäts- und Studiervereine, die ihre Leistungen (Organisation wissenschaftlicher Vorträge und Vertretung der Belange der Studenten) weiter erbrachten.

### Gegen die Gleichschaltung

Das jüdische Personal der Universität von Amsterdam, das im November 1940 seiner Ämter enthoben worden war, – neun Professoren, drei Lektoren, zwölf Privatdozenten, vier Konservatoren, 27 wissenschaftliche Assistenten in befristeter Anstellung, drei Studienassistenten, zwei Mitarbeiter der *Bibliotheca Rosenthaliana* und ein Hausdiener – wurde mit Wirkung vom 1. März 1941 entlassen. Dadurch verlor die Universität auf einen Schlag mehr Mitarbeiter als alle anderen Universitäten und Hochschulen der Niederlande zusammengenommen.

18 Vgl. Oscar Steens, *Rooms en studentikoos. Vriendschap, geloof en wetenschap in de Rooms-katholieke Studenten Vereniging „Sanctus Thomas Aquinas“ te Amsterdam 1896–1980*, Amsterdam 1993, 286–289.

Außerdem wurde über zwei Privatdozenten ein Zugangsverbot zu den Räumlichkeiten der Universität verhängt, weil sie zu den ganz wenigen Niederländern gehörten, die sich geweigert hatten, die Ariererklärung auszufüllen. Drei jüdischen Universitätsangehörigen (einem Professor und zwei Assistenten) war es während der Kriegstage im Mai 1940 gelungen, England zu erreichen. Professor Bonger hatte nach der Kapitulation des niederländischen Heeres Selbstmord begangen, vier Professoren waren in Geiselhaft genommen worden (unter ihnen ein inzwischen entlassener Jude). Zwei Stiftungslehrstühle hatte man eingezogen und weitere zwei Lehrkanzeln waren infolge normaler Umstände vakant. Ein jüdischer Professor hatte sich während der deutschen Invasion in China aufgehalten. Er war seitens der Amsterdamer Gemeindeverwaltung vor die Wahl gestellt worden, zurückzukehren oder seine Kündigung einzureichen, und hatte sich wohlweislich für das letztere entschieden.<sup>19</sup>

Nachdem gut zwanzig Prozent der Professoren auf die eine oder andere Weise von der Universität verschwunden waren, schien die Zeit gekommen, den nächsten Programmpunkt von Schwarz zu realisieren: die Neubesetzung vakanter Lehrstühle unter Umgehung der bisher gebräuchlichen Verfahrensnormen. Das ging allerdings weniger leicht vonstatten, als Schwarz es sich vorgestellt hatte. Ein Grund war, daß die verschiedenen deutschen Instanzen in Den Haag, Seyss-Inquarts Beauftragter für die Stadt Amsterdam, aber auch die NSB, Generalsekretär Van Dam sowie der Amsterdamer Bürgermeister jeweils eigene Vorstellungen von universitärer Personalpolitik hatten. Letzterer, der Geschäftsmann E. J. Voûte, Nachfolger von Bürgermeister De Vlugt (der im Zusammenhang mit dem Februarstreik entlassen worden war), war ein Geistesverwandter des Generalsekretärs für Erziehung, Wissenschaft und Kulturverwaltung. Ähnlich wie Van Dam verachtete Voûte die niederländische nationalsozialistische Bewegung und bewunderte die SS. Beide Männer wollten verhindern, daß „ihre“ Universität – an der Van Dam übrigens noch zweimal pro Woche Vorlesungen hielt – zum Auffangbecken für mediokre Wissenschaftler verkam. Diese Gefahr war durchaus reell, denn unter den holländischen Nationalsozialisten gab es nur wenige Gelehrte von Rang. Andererseits wußten sowohl Van Dam als auch Voûte, daß sie zwar mit der Berufung deutscher Wissenschaftler an die Amsterdamer Universität drohen konnten, daß die übrigen Dozenten jedoch wahrscheinlich ihre Funktion niederlegen würden, falls es wirklich dazu kam.

Die Fakultäten hätten am liebsten nur jene wissenschaftlichen Stellen neu besetzt, die aufgrund üblicher Umstände (also durch Ableben, Pensionierung

19 Wenig später geriet dieser Professor, der Mediziner Isidore Snapper, in japanische Kriegsgefangenschaft, hatte aber Glück im Unglück. Er wurde in einen Gefangenen austausch zwischen Japan und den USA einbezogen, wodurch er nach Amerika gelangte. Dort setzte er seine Laufbahn am renommierten Mount Sinai Hospital, New York, fort.

oder freiwilligen Abgang der Amtsinhaber) frei geworden waren. Vakanzen infolge erzwungenen Ausscheidens wurden von den Fakultätsversammlungen anfangs nicht als solche anerkannt. Als die Universität daraufhin unter Druck geriet, probierte sie eine Strategie der zeitlich begrenzten Nachbesetzung freier Lehrkanzeln zu verfolgen und nur solche Professoren vorzuschlagen, die bereits anderswo eine Stelle innehatten. Dahinter steckte das Kalkül, daß niemand nach Kriegsende geschädigt werden und entlassene Dozenten wieder an ihre frühere Arbeitsstätte zurückkehren sollten. Im übrigen war es außerordentlich schwierig, qualifizierte Leute zu finden, die bereit waren, den Lehrstuhl eines von der Besatzungsmacht Entlassenen zu übernehmen. Ein weiteres Problem ergab sich aus einer Verordnung von Generalsekretär Van Dam, der ab Jahresbeginn 1941 auf der offiziellen Meldung der Namen aller Bewerber um eine Professur oder Dozentur an seine Dienststelle bestand, um nachprüfen zu können, ob diese Personen den Deutschen genehm waren oder nicht. Als Reaktion auf den Meldeerlaß weigerten sich die Freie Universität Amsterdam und die Katholische Universität Nijmegen, irgendjemanden für die Ernennung zum Professor oder Dozenten vorzuschlagen. Die Universität von Amsterdam präsentierte wiederholt Besetzungsvorschläge, von denen sie wußte, daß die Okkupationsmacht ihnen nicht zustimmen konnte. Es entwickelte sich in der Folge ein bürokratisches Tauziehen, das die deutschen Dienststellen mangels Interesse und personeller Kapazität nicht lange durchhalten konnten.

Trotzdem gab es während der Besetzungszeit natürlich universitäre Personalentscheidungen. Bis 1942 wurden diverse „normale“ Vakanzen aufgefüllt, teils im Wege der Anstellung von Personen von außerhalb der Universität, teils durch Beförderung von außerordentlichen (teilzeitbeschäftigten) Professoren zu Ordinarien. Auch von den sogenannten „verseuchten“ Lehrkanzeln wurden ein paar nachbesetzt, meist mit Zustimmung der suspendierten früheren Amtsinhaber und unter der – allerdings nicht schriftlich festgehaltenen – Bedingung, daß die neubestellten Dozenten gleich nach Kriegsende ihren Platz räumen mußten. Zweimal im Lauf des Jahres 1942 ernannte Bürgermeister Voûte (dem entsprechend dem Führerprinzip alle Befugnisse der Gemeindeverwaltung übertragen worden waren) allerdings Dozenten gegen den Willen der betroffenen Fakultät. In beiden Fällen handelte es sich um ehemalige flämische Nationalisten, die während des Ersten Weltkriegs mit den Deutschen kollaboriert hatten und 1918 nach Holland geflüchtet waren. Für sie intervenierten Van Dam, Snijder und verschiedene deutsche Behördeninstanzen, bis hin zum Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich.

Unterdessen konnte der Lehrbetrieb an der Universität von Amsterdam trotz personeller Engpässe aufrechterhalten werden, dank der Mithilfe mehrerer Professoren aus Leiden und Utrecht und durch die Ausdehnung der Lehrtätigkeit vieler Privatdozenten und Assistenten. Je länger der Krieg dauerte und je

mehr Dozenten ohne verfügbare Nachfolger entlassen wurden, desto wichtiger wurde die Rolle der Assistenten mit Lehraufträgen auf Zeit. Auf sie mußte sich die Universität vor allem stützen, als Anfang 1942 eine große Gruppe von Studenten aus Leiden nach Amsterdam wechselte.

Nach ihrer Schließung im November 1940 war die Technische Hochschule Delft im April 1941 wiedereröffnet worden. Die Leidener Universität blieb dagegen gesperrt. Erst ab 1. November 1941 galt für ihre Studierenden die Erlaubnis, anderswo im Land zu immatrikulieren. Eine studentische Wandlungswelle war die Folge. Ungefähr 450 Leidener wichen an die Universität Utrecht aus, 140 gingen nach Groningen und fast achthundert entschieden sich für die Universität von Amsterdam. Darunter waren 550 Mediziner, deren Bedarf an Vorlesungen und Übungen durch eine Verdopplung des Amsterdamer Lehrangebots gedeckt wurde. Diese Flexibilität wäre ohne Unterstützung der Assistenten nicht möglich gewesen. 180 Leidener Juristen schrieben sich übrigens an der Freien Universität von Amsterdam ein. Daß sie nicht zur Gemeindefreie Universität wollten, hatte zweifellos mit der herausragenden Rolle zu tun, die L. J. van Apeldoorn dort in der Rechtsfakultät spielte. Van Apeldoorn war Mitglied der NSB, provozierte während der Besatzungszeit verschiedene Zwischenfälle auf akademischem Boden und war dafür bekannt, daß er in den Pflichtfächern, die er vortrug (Rechtsgeschichte und Einführung in das Recht), gern Prüfungsfragen über nationalsozialistische Rechtsauffassungen stellte.

Die Leidener Studenten an der Universität von Amsterdam dürften sich bald gewundert haben, wohin es sie verschlagen hatte. Am Samstag, dem 17. Januar 1942, wehte auf dem Universitätsgebäude die Fahne der Nationalsozialistischen Studentenfront. Im Haus hielt Tobie Goedewaagen, Generalsekretär des Ministeriums für Volkserklärung und Künste und NSB-Mitglied, eine Ansprache. Schwarze Hemden waren an diesem Tag das vorherrschende Kleidungsstück in der Aula. Die hundert bis zweihundert nationalsozialistischen Amsterdamer Studenten erlebten ihre große Stunde. Der einzige Wermutstropfen war, daß nur vier Professoren der Universität von Amsterdam an der Veranstaltung mit Goedewaagen teilnahmen. Kurz nachdem sie zu Ende gegangen war, verübten unbekannte Täter mehrere Anschläge auf Lokalitäten der NSB in der Stadt. Der Verdacht fiel sofort auf das Häuflein kommunistischer Studenten. Als Repressalie wurden Ende Januar 1942 85 Amsterdamer Bürger festgenommen, darunter je fünf Dozenten und Studenten der Universität von Amsterdam. Rektor Brouwer hatte nur die Dekanin der juristischen Fakultät, Frau Derkje Hazewinkel-Suringa, und den Studenten Ynso Scholten vor der bevorstehenden Verhaftungswelle gewarnt. Die beiden konnten rechtzeitig untertauchen.

Schon zu Beginn des Studienjahres 1941/42 hatte sich Brouwer einen Kniefall vor den deutschen Besatzern geleistet. Der Anatom M. W. Woerdeman, den der akademische Senat zu seinem Nachfolger im Rektorsamt bestimmt hatte

und der auch bereits vom Bürgermeister ernannt worden war, schien den Deutschen wegen seiner Vorkriegszugehörigkeit zum antifaschistischen Komitee der Wachsamkeit inakzeptabel. Deutsche und niederländische Behörden übten daraufhin Druck auf Brouwer aus, für ein weiteres Jahr im Amt zu bleiben, obwohl die Wiederbestellung eines Rektors theoretisch nicht zulässig war. Brouwer gab nach. Sein Verhalten war nicht zuletzt von jenen fünf Universitätsdozenten kritisiert worden, die nach den Anschlägen auf NSB-Einrichtungen verhaftet wurden. Dieser Umstand trug nicht gerade zur Mehrung von Brouwers Ansehen bei.

Die erwähnten fünf Mitglieder des Lehrkörpers wurden zusammen mit drei anderen Professoren, die aus ihrer sozialistischen Einstellung nie ein Hehl gemacht hatten, am 1. März 1942 entlassen. Etwas später wurden ein Dozent und ein weiterer Professor der Universität verhaftet, weil sie sich aus Solidarität mit vielen niederländischen Kunstschaffenden gegen die Bildung einer Künstlergilde unter nationalsozialistischer Führung („Kulturkammer“) ausgesprochen hatten. Nach einem weiteren Monat folgte die Entlassung der letzten beiden Stützen der Rechtsfakultät, Frau Hazewinkel-Suringa und Paul Scholten.

Die Befürchtung, daß nunmehr mit der Gleichschaltung der Universität ernst gemacht werden würde, war nicht unbegründet. Im Herbst 1941 waren Gerüchte über die geplante völlige Nazifizierung der Leidener Universität an die Öffentlichkeit gedrungen. Anfang 1942 ließ Van Dam ein Konzept für die Zusammenlegung und Gleichschaltung der juristischen Fakultäten von Amsterdam, Leiden und Utrecht ausarbeiten. Jetzt, wo das Kollegium der Rechtsfakultät an der Amsterdamer Universität außer Van Apeldoorn nur mehr Dozenten der Wahl- und Nebenfächer umfaßte, war für jedermann klar ersichtlich, was für Gefahren drohten. Die Professoren waren allerdings zu unterschiedlicher Auffassung, als daß sich resoluter Widerstand hätte formieren können. Eine größere Gruppe war bereit, im Notfall gemeinschaftlich zu kündigen. Die Mehrheit zögerte allerdings wegen des Umstands, daß ungefähr viertausend Hörer in Amsterdam eingeschrieben waren (die aus Leiden „Zugewanderten“ mit eingeschlossen). Für diese Studenten bestand das Risiko, nach Deutschland geschickt zu werden, falls die Universität von Amsterdam geschlossen wurde. Abgesehen davon schreckten viele Professoren davor zurück, Solidarität mit bekanntermaßen „linken“ Kollegen zu demonstrieren, die noch dazu öffentlich gegen die Besatzungsmacht Stellung bezogen hatten. Infolgedessen blieb eine gemeinsame Reaktion der Universität auf die Märzereignisse 1942 wieder einmal aus.

Die zweite Welle von kollektiven Entlassungen beraubte die Universität von Amsterdam einer Gruppe von Professoren, die sich der Gefahr der ideologischen Gleichschaltung durchaus bewußt gewesen war. Die meisten dieser Leute hatten schon vor Kriegsausbruch Beweise für ihr politisches und gesellschaftliches Engagement geliefert, obzwar man davon an der Universität selbst

nur wenig merken hatte können. Erst im Krieg waren sie bereit gewesen, ihre bisher außerhalb der Alma mater artikulierten Überzeugungen auch *intra muros* zu vertreten: während der Vorlesungen, in Gesprächen mit den Studierenden und im Senat. Genau aus diesem Grund hatte man sie entlassen und zum Teil in weit von der Stadt entfernt gelegene Gegenden verbannt. Nicht alle Professoren, die dachten und handelten wie die Mitglieder der hier besprochenen Gruppe, wurden von der Universität vertrieben, aber der widerstandsbereite Teil des akademischen Lebens erlitt trotzdem einen fühlbaren Rückschlag.

Die Angst vor der Nazifizierung der Universität erfaßte auch die Studierenden. Mitte April 1942 meldeten sich 238 Amsterdamer Studenten zum Studium in Utrecht an, erhielten dort allerdings keine Inskriptionsbestätigungen. Die Freie Universität Amsterdam handelte weniger bürokratisch. Dorthin wichen vorsorglich viele Studenten der Gemeindeuniversität aus, vor allem solche der Rechtsfächer. Andere versuchten, so rasch wie möglich ihr Studium abzuschließen. Im Studienjahr 1941/42 traten nicht weniger als 123 Jusstudenten, darunter mehrere Dutzend aus Leiden, zur letzten Diplomprüfung (dem *doctoraalexamen*<sup>20</sup>) an, während es üblicherweise nur dreißig bis vierzig Kandidaten pro Jahr gab. Die meisten Abschlußprüfungen fanden statt, nachdem Hazewinkel-Suringa und Scholten entlassen worden waren.

Die Entlassungswelle führte auch zur endgültigen Entfremdung zwischen den Studierenden auf der einen Seite, dem Rektor und der Senatsmehrheit auf der anderen. Nachdem ihre Geselligkeitsvereinigungen aufgehoben worden waren, stand den Studenten nur mehr ein Vertretungsorgan zur Verfügung, die Zentrale Fakultätenkommission, Dachverband der sechs Fakultätenvereinigungen. Auf die immer lauter werdenden Gerüchte über die Nazifizierung der juristischen Fakultät reagierte die Zentrale Kommission, indem sie den Rektor ersuchte, die Universität zu schließen sobald es zu politisch motivierten Entlassungen kam. Schließlich erfolgten die Entlassungen, ohne daß die Universität geschlossen wurde. Daraufhin gingen die Fakultätsvereinigungen auf Konfrontationskurs und die Studenten brachen jeden Kontakt mit dem Rektorat ab. In einem von 39 führenden Mitgliedern der ehemaligen Geselligkeitsvereinigungen unterzeichneten Schreiben hatten sie zuvor den Rektor angeklagt, „Verrat gegenüber unserer Universität und Verrat gegenüber den besten Traditionen unseres Volkes“ begangen zu haben. Der Brief wurde wenig später – unter Weglassung der Unterschriften – im illegalen Amsterdamer Studentenblatt *De Vrije Katheder* abgedruckt.

Dieser Angriff auf den Rektor markiert in der Geschichte der Universität von Amsterdam den Übergang vom offenen Widerstand zur Tätigkeit im Un-

20 Studien wurden in den Niederlanden gewöhnlich mit dem *doctoraalexamen* abgeschlossen. Nur eine Minderheit entschied sich für die Abfassung einer Dissertation, um den Dokortitel zu erwerben.

tergrund. In der Anfangsphase des Krieges hatten die Studenten in aller Öffentlichkeit debattiert und ihre Standpunkte festgelegt. Nach der Auflösung ihrer Geselligkeitsverbände war der Kontakt zwischen ihnen nicht abgerissen. Es gab nach wie vor Debattierzirkel, Kollegs und Klubs, institutionalisierte Freundschaftszirkel unterhalb der Ebene der Verbandsleitungen, wo sich von alters her das Vereinsleben abgespielt hatte. Die Klubs umfaßten Studierende verschiedener Jahrgänge und Studienrichtungen, existierten nicht selten seit vielen Dezennien und pflegten ihre eigenständigen Charakterzüge und Traditionen. Manchmal wohnten die Mitglieder eines Debattierzirkels oder Klubs auch privat im selben Haus. Die Verbindung zwischen den verschiedenen Klubs wurde von Studenten aufrechterhalten, die aus der Zeit des Verbindungslebens vor dessen Stilllegung einen bekannten Namen hatten. Ihr Ziel war es damals gewesen, die Professorenschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Schließung der Universitäten zu bewegen.

Ab dem Frühjahr 1942 wurde das anders. Auf Initiative von zwei Utrechttern und einem aus Leiden nach Utrecht ausgewichenen Studenten trafen sich im März dieses Jahres Hörer verschiedener Universitäten und Hochschulen mit anderen Widerständlern aus Hochschulkreisen um zu erörtern, ob die Bildung eines illegalen interuniversitären Studentenkomitees eine mögliche Option darstellte. Vier Wochen später kam in Utrecht zum ersten Mal der Rat der Neun zusammen, ein Gremium von Persönlichkeiten aus den neun Hochschulstädten der Niederlande.

Als Kontaktperson für Amsterdam im Neunerrat fungierte Arthur Meerwaldt, ein Jusstudent der Gemeindeuniversität im zehnten Semester. Meerwaldt wählte sich als Stellvertreter Kees Rübsaam, einen um zwei Jahre jüngeren Medizinstudenten, den er aus seiner Gymnasialzeit und von der gemeinsamen Teilnahme an einer Gesprächsgruppe über die Zukunft des Studentenlebens her kannte. Die beiden steckten sich das Ziel, den universitären Betrieb in ihrer Heimatstadt wenn nötig stillzulegen. Behutsam begannen sie zu diesem Zweck eine neue, illegale Organisation aufzubauen. Dabei erwies sich der Umstand als nützlich, daß der joviale Gesellschaftsmensch Meerwaldt über eine Menge sozialer Kontakte verfügte, während der selbstsichere und umsichtige Rübsaam ein guter Administrator war. Schon im Herbst 1942 hatten sie eine Kontaktgruppe aus Studenten gebildet, von denen erwartet werden durfte, daß sie ihrerseits ein Netzwerk von Vertrauensleuten aufbauen würden können. Die Gruppe umfaßte Vertreter aus allen früheren Geselligkeitsvereinen, aber auch sogenannte Nihilisten, das heißt Studenten, die keiner Vereinigung angehört hatten. An allen niederländischen Universitäten und Hochschulen kam es zur Bildung ähnlicher Zirkel, die – so wie in Amsterdam – noch ein wenig improvisiert wirkten. Mit der Zeit schoben sich in dieser und auch in anderen illegalen Studentenorganisationen jüngere und weniger bekannte Leute in Führungspositionen. Den

ersten Erfolg verbuchte der Rat der Neun im Herbst 1942, als die seit längerem bestehende illegale Leidener Studentenzeitung *De Geus* zum Sprachrohr des nationalen Studentenwiderstands gemacht werden konnte.

### Die Loyalitätserklärung

Im Herbst 1942 schien das Dritte Reich an allen Fronten unschlagbar und der Zustand in den besetzten Gebieten aussichtslos. In Holland traten die Deutschen – und in ihrem Kielwasser die NSB – herausfordernd selbstbewußt auf. Gefahr für die Universitäten und Hochschulen drohte vor allem durch das Vorhaben der Übertragung des „Führerprinzips“ auf den akademischen Bildungsbereich, wodurch einem künftig von der Staatsverwaltung zu ernennenden Rektor mehr Macht verliehen werden sollte. Diese „Reform“ wurde nie verwirklicht, aber retrospektiv gewinnt man den Eindruck, als hätten die Verteidiger der Hochschulautonomie bei etwas geschickterer Zusammenarbeit aller deutschen und deutschfreundlichen Instanzen und Parteien und mit etwas mehr Geduld und Beharrlichkeit durchaus ausgeschaltet werden können.

Gerade als dies am ehesten möglich schien, geriet die deutsche Kriegsmaschine in Schwierigkeiten. Die Offensive an der Ostfront blieb stecken. Um den Mannschaftsstand der Armeen auf dem erforderlichen Niveau zu halten, mußten der Industrie immer mehr Arbeitskräfte entzogen werden. Die Verluste wurden durch Zufuhr aus den besetzten Gebieten kompensiert. Bis Herbst 1942 waren schon mehr als 100.000 niederländische Arbeiter nach Deutschland gebracht worden und die verantwortlichen Stellen hatten für den Winter zusätzliche 45.000 Mann versprochen.

Am 9. Dezember 1942 überraschte Generalsekretär Van Dam die in Amsterdam versammelten Rektoren aller niederländischen Universitäten und Hochschulen mit der Ankündigung, daß innerhalb von wenigen Wochen, spätestens aber im nächsten Monat, der Großteil der männlichen Studenten des Landes nach Deutschland zum Arbeitsdienst verschickt werden sollte. Nach einer Schrecksekunde protestierten die meisten Anwesenden aufs heftigste und ließen keinen Zweifel daran, daß sie eine solche Maßnahme nicht unterstützen würden. Die kommenden Entwicklungen schätzten fast alle Rektoren sehr negativ ein. Falls die Studenten von den Plänen der Deutschen erfuhren, so der Tenor der Versammlung, würden sie nach den Weihnachtsferien nicht mehr an ihre Universitäten zurückkehren.

Tatsächlich verbreitete sich die Nachricht von der bevorstehenden Arbeitsverpflichtung schon am nächsten Tag in Studentenkreisen. Umsonst versuchte der neue Rektor der Universität von Amsterdam, der Pathologe und Anatom H.T. Deelman, im Stil seines Vorgängers die Krise zu bagatellisieren, indem

er von bloßen Gerüchten über einen studentischen Arbeitsdienst sprach. Der Schriftführer der Rektorenkonferenz hatte Meerwaldt das Protokoll der Versammlung, in der Van Dam seine Ankündigung gemacht hatte, zugeschickt. Der Rektor der Freien Universität Amsterdam ließ am 10. Dezember die Tore seiner Hochschule schließen. Während der folgenden Tage steckten Studenten das Universitätsgebäude von Utrecht in Brand, um dort die Einberufung von Hörern unmöglich zu machen, proklamierten die Wirtschaftshochschulen in Tilburg und Rotterdam verfrüht den Beginn der Winterferien und brachen in Nijmegen, Utrecht und Wageningen vereinzelte Streiks der Studentenschaft aus.

Für die im Rat der Neun zusammengefaßten Vertreter des nationalen studentischen Widerstands und für dessen örtliche Unterorganisationen bedeutete dies die erste große Kraftprobe mit den Besatzern. In Amsterdam, wo keine der in der Studentenkontaktgruppe repräsentierten Vereinigungen das akademische Leben beherrschte, waren die „Vertreter der Amsterdamer Studenten“ (wie sie sich auf Flugblättern selbst nannten) äußerst unsicher. Sie mußten das Vertrauen der studentischen Basis erst gewinnen und zweifelten am Leistungsvermögen ihrer Organisation. Überdies schien der Zeitpunkt für einen Studentenstreik – so knapp vor Weihnachten – denkbar ungünstig.

Von unerwarteter Seite erwuchs der studentischen Sache jedoch Unterstützung. Am 15. Dezember feierte die NSB den elften Jahrestag ihrer Gründung. Aus diesem Anlaß bekam Mussert von den Besatzungsbehörden die förmliche Erlaubnis erteilt, sich „Führer des niederländischen Volkes“ zu nennen. Das wurde allgemein als Auftakt zur Bildung einer niederländischen nationalsozialistischen Regierung interpretiert. Von Mussert war außerdem bekannt, daß er die allgemeine Wehrpflicht in Holland einführen wollte, um Hitlers Reich Soldaten für den Kampf gegen den Bolschewismus zu liefern. Vor diesem Hintergrund wagte es der Rat der Neun schließlich, zum allgemeinen Studentenstreik aufzurufen. Auf eine mögliche Arbeitsdienstplicht von Studierenden ging der Streikaufruf jedoch nicht ein: Offiziell war der Ausstand gegen die NSB gerichtet.

Die Wirkung des Streikaufrufs blieb bescheiden. Rektor Deelman hatte wie seine Tilburger und Rotterdamer Kollegen den Beginn der Weihnachtsferien vorverlegt, um die Lage an der Universität von Amsterdam zu beruhigen. Infolgedessen verlor die Beteiligung am Studentenstreik an Bedeutung, während es zur entscheidenden Frage für die Widerstandsgruppen wurde, ob sie den Studierenden empfehlen sollten, nach den Winterferien an ihre Universitäten zurückzukehren oder daheim zu bleiben. Inzwischen wußte man, daß es keine Verschickung von Studenten zur Zwangsarbeit geben würde, aber einige Zeichen deuteten auf einen allgemeinen Arbeitseinsatz hin. Nach ausgedehnten Beratungen beschloß der Neunerrat, den Hörern die Wiederaufnahme des

Studiums im nächsten Jahr nahezulegen. So würde man besser mit ihnen in Kontakt bleiben und die Widerstandsstrukturen verstärken können.

In der zweiten Januarhälfte 1943 kehrten die Studierenden an die Universität von Amsterdam zurück. Kurz darauf entstand in der Bevölkerung große Unruhe, als Mussert die Namen der Mitglieder seines Staatssekretariats, einer Art von Schattenkabinett, bekanntgab. Innerhalb weniger Tage wurden Attentate auf mehrere hohe Funktionäre der NSB verübt. Die Täter waren angeblich Studenten.

Die Ordnungspolizei reagierte am 6. Februar, einem Samstag, mit Razzien an den zwei Amsterdamer Universitäten, weiters in Delft, Utrecht und Wageningen. Obwohl am betreffenden Tag wenig Vorlesungen stattfanden, wurden insgesamt etwa sechshundert männliche Studierende festgenommen und in ein Lager in Vught in Nordbrabant überführt. Unter den Verhafteten waren 120 Studenten der Universität von Amsterdam. Am 9. Februar führte die Polizei eine weitere Aktion „gegen Plutokratensöhne“ durch. 1.200 junge Männer waren betroffen, darunter mehrere Dutzend Studenten. Auch sie landeten in Vught.

Die Konsequenz der geschilderten Aktionen war, daß an den noch nicht geschlossenen Universitäten jeglicher Lehrbetrieb zusammenbrach und die Hörer sich in alle Windrichtungen zerstreuten. Es folgten Wochen von zähen Verhandlungen zwischen den Hochschulen und Generalsekretär Van Dam sowie zwischen Van Dam, der NSB und den deutschen Besatzungsbehörden über die Freilassung der Studenten. Als Ergebnis wurde am 13. März 1943 ein Erlaß veröffentlicht, der die Studenten verpflichtete, vor dem 13. April eine schriftliche Erklärung abzugeben, daß sie sich „jeder gegen das Deutsche Reich, die deutsche Wehrmacht oder die niederländischen Behörden gerichteten (...) Handlung oder Äußerung“ enthalten würden.<sup>21</sup> Nach der Abgabe dieser Loyalitätserklärung sollten sie ungestört ihr Studium beenden dürfen. Im selben Verordnungsblatt, in dem diese Regelung veröffentlicht wurde, stellte Seyss-Inquart den Studenten einen obligatorischen Arbeitseinsatz nach dem Erwerb ihres Abschlußdiploms in Aussicht. Diese Verpflichtung wurde als Bestandteil des notwendigen Kampfes gegen den Bolschewismus dargestellt. Überdies wurde für alle Studienzweige die Einführung eines Numerus clausus angekündigt. Ein paar Tage nach der Publikation der Verordnungen wurden die meisten der am 6. Februar verhafteten Studenten aus Vught entlassen. Die Gruppe, die am 9. Februar arretiert worden war, sollte jedoch Ende April aus Vught direkt nach Straßburg zum Arbeitseinsatz transportiert werden.

Gegen den Numerus clausus formierte sich in Hochschullehrerkreisen sofort heftiger Widerstand, weil nicht bekanntgemacht wurde, wieviel Studenten man zuzulassen gedachte. Anfangs sah es jedoch nicht so aus, als würde we-

<sup>21</sup> Verordnungsblatt für die besetzten niederländischen Gebiete, Stück 9, 13. März 1943, 127.

gen der Loyalitätserklärung viel Aufhebens gemacht werden. Der Rektor der Universität von Amsterdam sprach sich fürs Unterschreiben aus, und auch die Dekane sahen keine Schwierigkeiten. Nicht einmal die Studenten waren *en masse* gegen die Erklärung eingestellt. Aber die Widerstandsgruppen gewannen Vertrauenskapital, indem sie schon vor der offiziellen Bekanntgabe des Textes eine Abschrift davon zirkulieren ließen. Der studentische Widerstand rief dazu auf, die Loyalitätserklärung auf jeden Fall zu verweigern und für den Rest der Kriegsdauer die Vorlesungen und Übungen nicht mehr zu besuchen. Studenten sollten auch unter keinen Umständen den Aufrufen folgen, nach Deutschland zur Arbeit zu gehen.

Die Stimmung in der Studentenschaft wurde bald durch zwei spektakuläre Beweise ziviler Widerstandsgesinnung beeinflusst. Am 24. März legten Tausende von niederländischen Ärzten in einer konzertierten Aktion ihre Berufszulassung zurück, womit sie gegen ihre geplante Zusammenfassung in einer nationalsozialistischen Ärztekammer protestierten. Am 27. März wurde auf das Amsterdamer Bevölkerungsregister ein Brandanschlag verübt, dessen Urheber eine Gruppe von Künstlern und Intellektuellen war.

Der Senat der Universität von Amsterdam ließ sich von der allgemeinen Protestwelle mitreißen. In einem Schreiben an Generalsekretär Van Dam machten die Professoren darauf aufmerksam, daß sie für den Fall der Aufrechterhaltung des Numerus clausus und der Loyalitätserklärung keine andere Möglichkeit als ihren kollektiven Rücktritt sahen. Die Studenten nahmen die Ankündigung des Senats zum Anlaß für eine große Werbeaktion gegen die Unterzeichnung der Loyalitätserklärungen. Dabei wählten sie eine Vorgangsweise, die den Ärzten abgeschaut war. Es wurde ein gemeinsamer Brief verfaßt, der die Forderungen der Besatzer verurteilte und sich gleichzeitig mit den Senatsbeschlüssen solidarisierte. Sofern genügend Studenten den Brief unterzeichneten, sollte dieser dem Senat offiziell übergeben werden.

In den nächsten Wochen erschien ein Flugblatt nach dem anderen und wurden zahlreiche Studierende in ihren Wohnungen von aktiven Widerständlern besucht. Die Londoner Exilregierung ließ über *Radio Oranje* verkünden, daß nach Kriegsende nur diejenigen Studierenden eine Chance auf höhere Stellen im Staatsdienst haben würden, die die Unterschrift unter die Loyalitätserklärung verweigerten. Das Ende vom Lied war, daß bis 13. April an der Universität Amsterdam 544 unterschriebene Erklärungen eingelangt waren und am 5. Mai, nach einer Erstreckung der Zeichnungsfrist, 703. Das entsprach einem Anteil von 22 Prozent der immatrikulierten Studenten.

Die Aktion war für den studentischen Widerstand ein durchschlagender Erfolg geworden. Zweifellos hatten der alliierte Vormarsch in Nordafrika und die deutsche Niederlage bei Stalingrad dazu beigetragen. Aber am meisten hatte man wahrscheinlich von Musserts unbedachtem Ausspruch profitiert, er habe

mit der Idee der Loyalitätserklärung das höhere Bildungswesen der Niederlande gerettet. Dem deutschen Sicherheitsdienst zufolge waren die studentischen Proteste in erster Linie gegen die NSB gerichtet gewesen. Verglichen mit anderen Universitäten und Hochschulen war die Zahl der Unterzeichner der Loyalitätserklärung an der Universität von Amsterdam allerdings eher groß. In Nijmegen hatte die Alma mater ihren Hörern nicht einmal die Gelegenheit gegeben, zu unterschreiben, sondern vorsorglich ihre Pforten geschlossen. In Tilburg und an der Freien Universität Amsterdam hatte nur eine Handvoll Studenten die Unterschrift geleistet, und beide Einrichtungen waren inzwischen auf Weisung ihrer Kuratorien gesperrt worden.<sup>22</sup> In Groningen, Rotterdam, Utrecht und Wageningen lag der Prozentsatz der Unterzeichnenden niedriger als in Amsterdam. Nur in Delft war er höher gewesen, aber dort hatten die Professoren in einem gemeinsamen Aufruf den Studenten zum Unterschreiben geraten. In Amsterdam hatten sich die Hochschullehrer, die gegen die Loyalitätserklärung waren, nicht zu einer Empfehlung an ihre Hörer durchringen können, weil sie deren persönliche Entscheidungsfreiheit respektieren wollten.

Nachdem sich die Mehrzahl der Studenten entschlossen hatte, der Universität künftig fern zu bleiben, lautete die Frage, was die Hochschullehrer tun sollten. Solange Van Dam, der ihren kollektiven Rücktritt fürchtete, nicht explizit den Auftrag zur Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit gab, brauchte darüber kein Beschluß gefaßt zu werden. Die Lage spitzte sich allerdings dramatisch zu, nachdem der Wehrmachtbefehlhaber in den Niederlanden, General F. C. Christiansen, am 29. April 1943 völlig unerwartet verkünden ließ, alle früheren Wehrdiener und Berufssoldaten der niederländischen Streitmacht (ungefähr 300.000 Männer) würden als Kriegsgefangene nach Deutschland verschleppt werden. Bereits am Tag dieser Kundmachung brachen vereinzelt Streiks aus, die sich rasch über weite Landesteile ausbreiteten. Die April- und Maistreiks wurden mit aller Gewalt bekämpft. Überall wo gestreikt wurde, galt sofort polizeiliches Standrecht, und innerhalb weniger Tage wurden mehr als hundert Todesurteile ausgesprochen und zahlreiche Streikende und Unbeteiligte einfach erschossen. Ein Befehl des Höheren SS- und Polizeiführers Rauter vom 5. Mai, der besagte, daß sich alle Studenten, die keine Loyalitätserklärung unterschrieben hatten, am nächsten Tag für den Arbeitseinsatz im Reich anmelden mußten, verfehlte unter solchen Umständen seine Wirkung nicht. Insgesamt meldeten sich ein paar tausend Studenten. Jetzt gab es keine Chance mehr, die Nichtunterzeichner an die Universitäten zurückzuholen. Für die Hochschullehrer bekam die Möglichkeit der Kündigung in corpore höchste Aktualität. An

<sup>22</sup> Zu den drei letztgenannten Besonderen Hohen Schulen vgl. J. Brabers, *Proeven van eigen cultuur: 75 jaar Katholieke Universiteit Nijmegen 1923–1998*, I: 1923–1960, Nijmegen 1998; H. Bornewasser, *Katholieke Hogeschool Tilburg. 1: 1927–1954: economie – ethiek – maatschappij*, Baarn 1978; u. *De Vrije Universiteit in oorlogstijd*, Wageningen o. J. [1946].

der Universität von Amsterdam reichten tatsächlich 28 Professoren, neun Lektoren, ein Privatdozent, ein Konservator und elf Assistenten ihre Kündigung ein. Am Mittwoch, dem 12. Mai, mußten sie diesen Schritt unter Androhung der Todesstrafe wieder zurücknehmen. Der Initiator der Aktion, der Betriebswirt Th. Limperg, wurde später auf Weisung der Besatzungsbehörden doch noch entlassen.

### Eine abgetakelte Rumpf-Universität

Die Folge der Auseinandersetzungen um die Loyalitätserklärung war, daß Generalsekretär Van Dam und die Deutschen mit jenem Zustand der Universitätslandschaft konfrontiert waren, der ihnen seit Beginn der Okkupationsperiode vorgeschwebt war. Die juristische Fakultät der Universität von Amsterdam stand praktisch leer, sodaß das Problem des Überangebots von Rechtsstudienplätzen im Westen des Landes gelöst schien. Die Freie Universität und die katholischen Hochschuleinrichtungen waren geschlossen und das, was sonst an höheren Bildungsstätten noch existierte, war so klein, daß ernsthaft an eine räumliche Konzentration gedacht werden konnte. Nur von der Nazifizierung des Hochschulwesens war noch nicht viel zu merken. Allerdings schien jetzt der rechte Augenblick gekommen, um mit dem akademischen Liberalismus der alten Niederlande endgültig Schluß zu machen.

Bis Anfang 1943 hatte die Universität Amsterdam es auf deutscher Seite hauptsächlich mit Regierungsrat J. A. Rombach vom Büro des Beauftragten für die Stadt Amsterdam zu tun gehabt. Nach und nach begann sich jedoch ein anderer Teilnehmer an den hochschulpolitischen Besprechungen in den Vordergrund zu schieben: Walter von Stokar, vormals Ordinarius für Ur- und Frühgeschichte an der Universität Köln. Er war 1942 als Referent für das höhere Bildungswesen zum Generalkommissariat Wimmer hinzugestoßen und machte dort bald seine Autorität geltend. Ab dem Frühjahr 1943 sollten sich Rombach und Stokar sehr intensiv um die Amsterdamer Gemeindeuniversität kümmern.

Der impulsive, aufbrausende Stokar, ein überzeugter Vertreter der großgermanischen Ideologie, wollte dem Akademikermangel in Deutschland durch Zufuhr niederländischer und flämischer Studenten abhelfen. Ob ein Student pro- oder antideutsch eingestellt war, machte ihm grundsätzlich nicht viel aus, denn, so schrieb er im März 1943, „wenn er fertig ist und unser Brot ißt, wird er von selbst ohne Nötigung zu uns herübergezogen“. Untergetauchte Studenten konnten jedoch nicht auf Stokars Milde zählen. Sie wurden von ihm beschuldigt, das Ansehen der Besatzungsmacht untergraben zu haben, und verdienten seiner Ansicht nach, gefangenengenommen und nach Polen deportiert zu werden.

Der angekündigte Arbeitseinsatz für das Universitätspersonal und die drohende Kriegsgefangenschaft für ehemalige Wehrpflichtige erforderten viel administrative Vorbereitungsarbeit. Nachdem der erste Schrecken bei den potentiell Betroffenen vorüber war, schien es eine ganze Reihe von möglichen Auswegen zu geben. In die Illegalität auszuweichen war die radikalste Lösung. Insgesamt gingen der Universität Amsterdam wahrscheinlich knapp fünf Prozent ihres Gesamtpersonalstandes von 717 Köpfen durch die Arbeitspflicht, den Abtransport von Kriegsgefangenen und durch Flucht in den Untergrund verloren. Akademiker in höheren Funktionen wurden nicht zur Zwangsarbeit herangezogen. Einige untergetauchte Universitätsangehörige fanden Unterschlupf in den Laboratorien der Alma mater, wo sie in aller Stille manchmal sogar ihre wissenschaftliche Arbeit fortsetzen konnten.

Die Lehrtätigkeit an den Universitäten und Hochschulen, die seit dem 6. Februar 1943 ruhte, war im Mai immer noch nicht wiederaufgenommen worden. Generalsekretär Van Dam hatte den Rektoren versichert, daß erst im September, also am Anfang des neuen akademischen Jahres, Unterrichtsbeginn sein würde. Am 26. Mai änderte Van Dam jedoch seine Meinung und erteilte den Auftrag, bereits ab 1. Juni Vorlesungen abzuhalten. In Reaktion darauf trat eine Gruppe von Professoren der Universität von Amsterdam zur Beratschlagung zusammen. Manche Teilnehmer der Runde wollten ihr Entlassungsgesuch vom Anfang des Monats erneut einreichen. Aber Bürgermeister Voûte hatte schon deutlich gemacht, daß er darauf nicht eingehen konnte. Wer nicht lehren wollte, würde also untertauchen müssen. Dazu fehlte den meisten Hochschullehrern der Mut. Deshalb beschloß man, die Vorlesungen weisungsgemäß beginnen zu lassen, aber die allgemein vorherrschende Ansicht war, daß der Unterricht auf ein Minimum an Stunden beschränkt werden sollte. Studenten, die darum baten, wollte man individuell betreuen.

Die Situation an der Universität wurde bald sehr angespannt. Studenten, die Wert auf Unterricht legten, konnten dies ihren Dozenten melden. Es zirkulierten Gerüchte, daß Professoren ihre lernwilligen Studenten einzuschüchtern versuchten. Aber auch nationalsozialistische Studenten gebrauchten das Mittel der Einschüchterung. In einer gut orchestrierten Aktion kontrollierten sie, wer von den Dozenten Vorlesungen und Übungen abhielt und wer nicht. Das Ergebnis der Prüfung war wenig überraschend: Es wurde nur ganz wenig unterrichtet, was dem Personal den Vorwurf der Arbeitsunwilligkeit eintrug. Beschwerden wurden an die deutschen Behörden weitergeleitet, sodaß schließlich der Rektor den Canossagang zum Büro des Beauftragten für die Stadt Amsterdam antreten mußte. Mehrere Professoren und Assistenten wurden von der Sicherheitspolizei verhört. Längerfristige Folgen hatte diese Machtdemonstration jedoch nicht. Alles in allem besuchten nicht mehr als 75 Studierende regelmäßige Lehrveranstaltungen. Am 1. August 1943 begannen die akademischen Sommerferien.

Die Wiederaufnahme des Unterrichts im Studienjahr 1943/44 verlief äußerst mühsam. Die externen Dozenten, die der Universität mit zeitlich begrenzten Lehraufträgen ausgeholfen hatten, wollten nicht mehr zur Verfügung stehen und andere schoben gesundheitliche Probleme vor, um sich ihrer Lehrverpflichtung zu entziehen. Zahlreiche Assistenten der medizinischen Fakultät, die vergeblich um ihre Entlassung ersucht hatten, beschränkten ihre Aktivitäten in der Folge auf die Krankenfürsorge. Die begleitende Betreuung von Hilfsassistenten, die nach Abschluß ihrer theoretischen Studien ein zweijähriges Klinikpraktikum absolvieren mußten, wurde den Professoren überlassen. Die Unterrichtsplanung wurde auch dadurch erschwert, daß Studienanfänger, die immatrikulieren wollten, zuerst ein halbes Jahr obligatorischen Arbeitsdienst ableisten mußten. Diese Dienstpflicht endete am 15. Dezember 1943. Daher war vor Anfang 1944 kein Überblick über die Nachfrage nach Studienplätzen und das Lehrangebot an der Universität von Amsterdam zu gewinnen. Insgesamt schrieben sich schließlich etwas mehr als sechshundert Studenten ein, hauptsächlich für die Studienrichtungen Medizin, Naturwissenschaft und Wirtschaft. Die Lehre in der faktisch nicht mehr vorhandenen Rechtsfakultät wurde vom Bürgermeister offiziell ausgesetzt. Aber auch die medizinische Ausbildung konnte nur derart lückenhaft sein, daß die Fakultätsversammlung beschloß, keine Prüfungsantritte mehr zuzulassen. Die Wirtschaftsfakultät, die einzige im Land, seit die Hochschulen in Tilburg und Rotterdam ihre Pforten geschlossen hatten,<sup>23</sup> wollte nicht die Verantwortung dafür übernehmen, daß sie personell unterbesetzt war und im Hauptfach nur mehr über zwei Dozenten verfügte, die vor einer unlösbaren Aufgabe zu stehen schienen. Als Bürgermeister Voûte den beiden Dozenten auftrag, in der Woche vom 17. Januar mit den Vorlesungen zu beginnen, zogen sie es vor, unterzutauchen.

Die Lehrtätigkeit an der Universität von Amsterdam drohte gänzlich lahmgelegt zu werden. Infolgedessen wurde das Prinzip aufgegeben, daß die Dozenten Wissenschaftler von Rang sein mußten. Im Frühjahr 1944 wurden – ohne formelle Approbation der Fakultäten – mehrere Nationalsozialisten mit zeitlich begrenzten Lehraufträgen ausgestattet. Sie hielten den Unterricht in Gang, besonders an der ökonomischen Fakultät. Ende Mai 1944 gab es rund zweihundert Studierende, die regelmäßig Vorlesungen besuchten. Da nach dem April 1943 höchstens ein paar Dutzend Prüfungen abgelegt wurden, dürfte die Mehrzahl der über vierhundert inskribierten Studenten nur darauf aus gewesen sein, sich einer Einberufung zum Arbeitsdienst nach Deutschland zu entziehen oder mit Hilfe der Kollegienkarten (Testuren) an gültige Personalpapiere zu kommen.

23 Die Niederländische Wirtschaftshochschule in Rotterdam wurde im Winter 1943/44 von ihrer Leitung für geschlossen erklärt; vgl. J. H. van Stuyvenberg, *De Nederlandsche Economische Hogeschool 1913–1963: van Handelshoogeschool naar Hogeschool voor Maatschappijwetenschappen*, Rotterdam u. Den Haag 1963.

Vereinzelte Versuche von Professoren und Rektoren der staatlichen Universitäten und Hochschulen, die Behörden zu einer gänzlichen Stilllegung des höheren Bildungswesens zu bewegen (auch die Universität von Amsterdam spielte dabei eine Rolle) blieben erfolglos. Erst als im September 1944 die Westfront mitten durch die Niederlande verlief, kam der Hochschulunterricht völlig zum Erliegen; allerdings wurden zuvor noch einige Dozenten entlassen. An den Universitätskliniken und Laboratorien wurde bis zum 5. Mai 1945 so gut es ging durchgearbeitet, besonders dort, wo Menschen, Tiere, Pflanzen und Gebäude regelmäßig versorgt werden mußten.

### Stärken und Schwächen der Universität von Amsterdam

Im Mai 1943 wurden ungefähr 2.900 Studenten (darunter beinahe vierhundert der Universität von Amsterdam) in drei großen Transporten nach Deutschland deportiert. Die Mediziner kamen in verschiedene Krankenhäuser, der Rest landete mehrheitlich in der Rüstungsindustrie. Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen variierten sehr stark. Manche hatten es sehr schlecht, für andere war der Zustand erträglich.<sup>24</sup> Binnen zehn Monaten waren jedenfalls schon mehr als dreißig (davon zwölf Amsterdamer) infolge von infektiösen Erkrankungen, Arbeitsunfällen, Bombenangriffen, aber auch schlechter Behandlung und physischer Ausbeutung in Straflagern für Saboteure und Fluchtverdächtige gestorben.

Anfang August 1943 versuchten die ersten Studenten, auf eigene Faust wieder nach Hause zu kommen. Manche bekamen Krankenurlaub und ließen sich dann daheim von einem befreundeten Arzt arbeitsunfähig schreiben. Manche gelangten mit Hilfe einer in Holland domizilierten Hilfsorganisation in den Besitz falscher Reisepässe, und wieder andere schafften es mit Hilfe von Bahnarbeitern, im D-Zug von Berlin nach Amsterdam versteckt die Heimat zu erreichen. Vermutlich hielten sich ungefähr zwei Drittel der im Krieg verschleppten Studenten bei Kriegsende wieder in den Niederlanden auf.

Einige Studenten profitierten in Amsterdam von diversen Formen der Ausbildung im Untergrund. Als die Gemeindeuniversität im April 1943 keine Perspektiven mehr bieten konnte, wurde außerhalb ihres Rahmens ein Anfängerlehrgang für Medizinstudenten organisiert. Wenig später krepelten die Kontaktgruppe des Amsterdamer Studentenwiderstandes und einige Dozenten und Assistenten die Ärmel auf und stellten geheime Kurse für alle Phasen des Medizinstudiums zusammen. Nur das Ärztexamen konnte nicht rechtskräftig absolviert werden. Schätzungsweise studierten an der medizinischen Fakultät im

24 Vgl. H. Diedrich, Der Arbeitseinsatz niederländischer Studenten im „Dritten Reich“ 1943–1945, Diplomarbeit Bochum 1995.

Untergrund, die zum Zeitpunkt der Befreiung Hollands noch in Betrieb war, dreihundert Personen. Für Geographiestudenten gab es gleichfalls die Möglichkeit eines Geheimstudiums, aber in viel kleinerem Umfang. In anderen Studienerrichtungen gab es zwar gelegentlich Vorlesungen, aber der Schwerpunkt lag auf der individuellen Betreuung von Lernwilligen. Manche Professoren ließen ihre inoffiziellen Studenten Arbeit in ihren Laboratorien verrichten. Fast alle im Untergrund abgelegten Diplom- und Zwischenprüfungen wurden nach Kriegsende anerkannt, sodaß viele Studierende nur mehr ihr Abschlußzeugnis an der Universität abholen mußten.

Aus den genannten Zahlen geht hervor, daß die Universität von Amsterdam ab dem Frühjahr 1943 mehr inoffizielle als offizielle Studierende hatte. Selbst wenn man die nach Deutschland deportierten Studenten nicht mitrechnet, gab es allerdings sehr viele junge Leute, die jede Art von Studium aufgegeben hatten. Manche hatten das Entstehen eines organisierten studentischen Widerstands nicht abgewartet und sich auf eigene Initiative in diverse politische oder humanitäre Aktivitäten gestürzt, wie folgendes Beispiel zeigt.

Die Razzia vom 14. Juli 1942 im Amsterdamer Judenviertel war der Auftakt zu großangelegten Judendeportationen aus der Hauptstadt. Auf Veranlassung einiger Utrechter Studenten, die sich aufs Ausfindigmachen von Verstecken für jüdische Kinder spezialisiert hatten, entstand in Amsterdam eine Studentengruppe, die im Sommer 1942 Juden Kinder nach Utrecht in Sicherheit brachte. Als Berichte darüber im Untergrund zu zirkulieren begannen, hatte das zur Folge, daß den Studenten immer mehr Kinder zugespielt wurden. Ihre Zahl stieg weiter, nachdem die Gruppe mit einem Kinderarzt in Kontakt gekommen war. Im September waren schon ungefähr 150 Kinder bei Pflegeeltern untergebracht.

Der Kindernachschub aus Amsterdam wurde so groß, daß die Utrechter nicht schnell genug Pflegeadressen aufreiben konnten. Die Folge war, daß Amsterdamer Studenten selber auf die Suche nach aufnahmewilligen Familien gingen, zuerst in Friesland und dann auch im Süden der Niederlande. Auch probierte man andere Methoden der Unterbringung von Kindern aus. In der Umgebung der Hauptstadt wurden sie ausgesetzt, um von Gastfamilien als Findlinge gemeldet und solcherart „arisiert“ werden zu können. Manchmal gaben auch Studentinnen an, sie hätten ein uneheliches Kind geboren. Die Aktivitäten zur Rettung jüdischer Kinder liefen abseits der übrigen Formen illegaler Tätigkeit (abgesehen vom nicht gesetzeskonformen Erwerb von Lebensmittelkarten, Geld usw.), und so entstand ein eng geknüpftes, übersichtliches Netzwerk. Zumindest in Amsterdam waren glücklicherweise keine Festnahmen oder Todesopfer unter den Beteiligten zu beklagen.<sup>25</sup>

25 Vgl. B. J. Flim, *Omdat hun hart sprak: geschiedenis van de georganiseerde hulp aan joodse kinderen in Nederland, 1942-1945*, Kampen 1996.

Später geriet eine große Zahl von Studenten durch die Weigerung, die Loyalitätserklärung zu unterzeichnen oder nach Deutschland zur Arbeit zu gehen, in den Zustand der Illegalität. Indem diese jungen Leute hie und da scheinbar ungefährliche Gefälligkeitsarbeiten leisteten, kamen sie in Kontakt mit den Organisationen des Widerstandes. Dabei waren bereits bestehende Freundschaften oft von ausschlaggebender Bedeutung. Manche Studenten erzeugten gemeinsam illegale Flugblätter, andere verteilten sie nur. Kurier- und Aufklärungsdienste wurden geleistet und Fluchtwege in die Schweiz und nach Spanien ausgekundschaftet, vor allem für Juden, Illegale und über den Niederlanden abgeschossene alliierte Piloten. Studenten waren auch an Waffentransporten und der Planung von Anschlägen auf deutsche Einrichtungen beteiligt. Der Blutzoll, den sie dafür bezahlten, war hoch. Insgesamt wurden vierzig Studierende und Studienabsolventen der Besatzungsjahre hingerichtet, 14 weitere fanden bei Bombardements und Kampfhandlungen den Tod. 162 Studenten verloren in Konzentrations- oder Vernichtungslagern ihr Leben, die meisten in Auschwitz und Sobibor. Insgesamt starben als Folge des Krieges 234 Studenten, vier Prozent von etwa 5.500, die zwischen dem 10. Mai 1940 und dem 5. Mai 1945 an der Universität von Amsterdam immatrikuliert waren. Beim Universitätspersonal war der Prozentsatz kaum niedriger.

Die Statistiken beweisen, daß sich die akademische Gemeinschaft dem Widerstand nicht entzogen hat. Aber wie sah es mit der Universität von Amsterdam als Institution aus? Paßte sie sich an die Forderungen der Besatzungsmacht an? Hängte sie ihr Mäntelchen nach dem Wind? In gewisser Hinsicht muß man das bejahen. Rektor Brouwer war ein Mann der Ruhe und Ordnung, der jede Regung von Widerstandsgeist im Keim erstickte. Er hätte das unter Friedensumständen wahrscheinlich auch getan, aber da wären die Ursachen für studentische Widerborstigkeit wohl andere gewesen. Brouwer ging davon aus, daß Aufrechterhaltung der Disziplin das angebrachte Mittel war, um seine Universität durch die Kriegsjahre zu führen, und der Preis, der dafür zu entrichten war – das Mundtotmachen der Studierenden – schien ihm nicht zu hoch. Rektor Deelman setzte diese Linie fort, obzwar er damit weniger Erfolg hatte als sein Vorgänger. Beim letzten Rektor der Okkupationsjahre, dem Chemiker J. P. Wibaut, lagen die Dinge anders, weil die Mehrheit der Studierenden während seiner Amtszeit die Universität bereits verlassen hatte und nur noch ein Grüppchen von Nationalsozialisten für gelegentliche Probleme sorgte.

Vom Verhalten der Rektoren abgesehen versuchte die Universität als Ganzes jedoch ihre Anpassung einzuschränken. In einigen Fällen übte sie faktisch Selbstzensur, zum Beispiel weil Vorschläge zur Berufung von Dozenten gegen den Widerstand der Besatzungsbehörden keine Chance auf Erfolg gehabt hätten. Die Einstellung des Universitätspersonals war ähnlich wie die der gan-

zen Bevölkerung auf ein weitestgehendes Ignorieren der Kriegsumstände ausgerichtet.

Interessanterweise hatte die deutsche Besatzung wenig Einfluß auf die Lehrinhalte, obwohl doch beinahe vierzig Prozent der Professoren und Lektoren (die jüdischen Dozenten mit eingerechnet) aus politischen Gründen von der Universität entfernt wurden. Der Jurist Van Apeldoorn war vermutlich der einzige, der in seinem Unterricht seit Beginn der Besatzungszeit Bewunderung für das Dritte Reich äußerte. Die meisten anderen der NSB angehörenden oder mit dem Nationalsozialismus sympathisierenden Dozenten hielten sich zurück. Über den Inhalt ihrer Lehrveranstaltungen gab es keinerlei Beschwerden. Die Anstellung einiger prononciert nazistischer Lektoren in der Endphase des Krieges führte offenkundig zu einer stärkeren Nazifizierung der Universität. Unklar ist, ob diese Leute ihre Weltanschauung direkt im Unterricht zum Ausdruck brachten. Klagen darüber wurden jedenfalls nie bekannt, aber das hatte wahrscheinlich damit zu tun, daß sich in ihrem Häuflein von Hörern viele nationalsozialistische Parteigänger befanden.

Die meisten Dozenten führten während der Okkupation jene Lehraufträge fort, die sie seit Jahr und Tag besaßen. Genau wie vor dem Krieg hielten sie ihre gesellschaftlichen Aktivitäten und Präferenzen streng getrennt von Unterricht und wissenschaftlicher Arbeit. Fächer wie Staatsrecht, Strafrecht und Ökonomie wurden, soweit es überhaupt der Fall war, ganz „im alten Geiste“ gelehrt. Doch gab es auch Einflüsse des Kriegsgeschehens auf das studentische Lerninteresse. So stieg die Nachfrage nach russischen Sprachlehrveranstaltungen an, seit die Sowjetunion und die Niederlande Bundesgenossen geworden waren.

Studenten und Doktoratskandidaten legte man wenig ideologische Hindernisse in den Weg. Am Anfang der Besatzungszeit wurden zwar Hinweise auf einige „verbotene“ Bücher aus den Katalogen der Universitätsbibliothek entfernt, aber kaum jemand kontrollierte die Einhaltung der Zensurbestimmungen. Der Unterricht wurde hauptsächlich durch gewisse kriegsbedingte Probleme und die zahlreichen Entlassungen und Nicht-Nachbesetzungen von Lehrstellen erschwert. In der Praxis hatten Biologie- und Geologiestudenten die meisten Nachteile durch den Krieg, weil sie nicht mehr ins Ausland durften. Die Geologen, bei denen Feldforschung ein wichtiger Bestandteil des Diplomstudiums war, mußten sich mit der Mergelgrube einer Zementfabrik bei Maastricht behelfen.

Besatzungsorgane inspizierten nur selten Labors und kümmerten sich nicht um die Arbeit, die dort geleistet wurde. Die wissenschaftliche Forschung ging wie gewohnt weiter. Davon konnten vor allem ältere Studentensemester, die in den Laboratorien mithalfen, viel profitieren. Aus den wenigen erhalten gebliebenen Forschungsberichten gewinnt man den Eindruck, daß viel geleistet

wurde. Die niederländische Wissenschaft litt zwar unter ihrer kriegsbedingten Isolation, doch sie stand beileibe nicht still.

Im Rückblick wird deutlich, daß die Abkapselung der Universität von Amsterdam von der Gesellschaft und die Tabuisierung alles Politischen während der Besatzungszeit gleichzeitig Stärke und Schwäche waren. Es konnte dadurch zwar verhindert werden, daß die Qualität der Lehre und Forschung nachließ, aber umgekehrt war es unmöglich, aus der Universität einen Brennpunkt des Widerstands gegen die Besatzer zu machen. Sowohl im Fall kleinerer Freiheitsbeschränkungen als auch bei einschneidenden politischen Eingriffen der Deutschen suchte man die Grenzen des für die Universität gerade noch Zumutbaren auszuloten, mit dem Resultat, daß entschlossene Gegenmaßnahmen in der Regel unterblieben. (Übrigens wurde das schon im Herbst 1941 von einem damaligen Studenten der Amsterdamer Gemeindeuniversität, dem späteren Ministerpräsidenten Joop Den Uyl, korrekt vorhergesagt.) Immer wieder gaben die Professoren ihrem Verantwortungsgefühl gegenüber den Studierenden und der Sorge um die Kontinuität einer akademisch geschulten Elite nach, anstatt sich mit den Opfern der Repression zu solidarisieren, koste es was es wolle. Der Blick der Universität blieb hauptsächlich nach innen gekehrt. Dadurch wurde sie moralisch angreifbar. Eine Vorbildfunktion im Kampf gegen Judenverfolgung und Terror durfte sie nie beanspruchen.

Schon während der Okkupation wurde die Unzulänglichkeit der Haltung der Universität deutlich. In Kreisen des studentischen Widerstandes und der illegalen Hochschullehrerschaft sann man auf Abhilfe. Dabei wurde auf Pläne und Modelle aus den 1930er Jahren zurückgegriffen. Marginale Grüppchen von damals bekamen nach dem Krieg Einflußmöglichkeiten, weil die Erfahrungen der Kriegszeit ihnen anscheinend recht gaben. In Amsterdam kam es zur Gründung einer Allgemeinen Studentenvereinigung und der sogenannten *Civitas Academica*. Besonders erstere übte am Anfang auf viele Studenten Anziehungskraft aus. Aber natürlich erreichte sie nicht jeden, und vor allem gelang es ihr nicht, den exklusiven Charakter der weiter bestehenden Geselligkeitsvereine zu mäßigen beziehungsweise zu durchbrechen. Auch die während der Besatzungszeit erreichte politische Sensibilisierung der Studentenschaft war nur von kurzer Dauer. Die *Civitas Academica* erwies sich bald als ein anachronistisches Gebilde. Es blieb also letztlich vieles unverändert, bis hin zur während des Krieges so schmerzhaft empfundenen Abhängigkeit der Universität von den Behörden. Infolge der stark ansteigenden Kosten der höheren Bildung wurde der Zugriff der Obrigkeit auf die Hochschulen nach dem Krieg sogar noch verstärkt.

Die wichtigste Folge der im Krieg festgestellten Unzulänglichkeit der Universität war, daß sie nach 1945 den Versuch unternahm, ihre Rolle in der Gesellschaft neu zu definieren. Die liberale Universität des 19. Jahrhunderts war schon in der politischen und ökonomischen Krise der 1930er Jahre nicht mehr

ganz zeitgemäß gewesen. Nach dem Krieg gaben der Aufstieg der Sozialwissenschaften und die Wertschätzung der praktischen Anwendbarkeit von Wissenschaft den Hochschulen Instrumente in die Hand, mit denen sie sich direkt und indirekt gesellschaftliche Relevanz verschaffen konnten. Die Sozialwissenschaften sollten einen Beitrag zur Festigung der Demokratie leisten, indem sie die Akademiker – und durch deren Einfluß auch die übrige Bevölkerung – zu einer kritischen Geisteshaltung erzogen. Überdies sollte die kurz nach Kriegsende in Amsterdam eingerichtete Fakultät der Sozialen und Politischen Wissenschaften unmittelbar zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen. In der veränderten Einstellung von Ökonomen und Statistikern beziehungsweise Mathematikern spiegelte sich gleichfalls der Wunsch, außerhalb der Studierstuben und Forschungseinrichtungen Wirkung zu entfalten. Wissenschaftsausübung sollte die betreffende Wissenschaft selbst weiterbringen, wenn möglich auch Nachbarwissenschaften befruchten und zugleich unmittelbar der Gesellschaft nützen. Kurzum, die Universität strebte aus ihrer isolierten Position heraus. Die Besatzungszeit in den Niederlanden hatte der Idylle vom Elfenbeinturm inmitten einer unruhigen Welt ein Ende gemacht.

*Aus dem Niederländischen von Peter Berger*